



Von der Verurteilung zur „bitteren Notwendigkeit“ Die KPÖ, der „Prager Frühling“ und die Militärintervention in Prag

MANFRED MUGRAUER

Wie die meisten westeuropäischen kommunistischen Parteien, verurteilte die Kommunistische Partei Österreichs den Einmarsch von fünf Staaten des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei am 21. August 1968. Zugleich resultierte aus der Militärintervention der offene Ausbruch der „Partei-krise“ der KPÖ: Sie spitzte bestehende politische und ideologische Widersprüche weiter zu und führte zur Eskalation einer krisenhaften Entwicklung, deren tiefere Ursachen vor allem in den vom 20. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen und nicht zu Ende diskutierten grundsätzlichen Problemen wurzeln. Der vorliegende Beitrag hat die zustimmende Haltung der KPÖ zum Reformprozess in der Tschechoslowakei, die Verurteilung des Einmarsches durch das Zentralkomitee, sowie die krisenhafte Entwicklung der Partei bis zur Rücknahme dieses Beschlusses im März 1971 zum Thema. Der Verlauf der Auseinandersetzungen wird dabei nur insoweit dargestellt, als er mit den tschechoslowakischen Ereignissen und Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung im Zusammenhang steht.

Zustimmung zum Reformprozess

Die KPÖ begrüßte von Beginn an den Prozess der sozialistischen Erneuerung und Demokratisierung in der Tschechoslowakei. Sie bejahte die Ablöse Antonín Novotnýs als Erster Sekretär des ZK der KPČ im Jänner 1968 und ließ auch in den Folgemonaten keine Gelegenheit ungenutzt, ihre „volle Unterstützung [...] für den neuen Kurs und die neue Führung unserer tschechoslowakischen Bruderpartei“ zum Ausdruck zu bringen.¹ Von besonderer Bedeutung war die Übereinstimmung zahlreicher im Aktionsprogramm der KPČ formulierter Schritte auf dem Weg zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ mit den Vorstellungen, die die KPÖ in diesen Jahren von einem sozialistischen Österreich entwickelt hatte: „Dies gilt insbesondere für die Grundidee, daß es

keinen Weg zum Sozialismus ohne breiteste Entfaltung der Demokratie für die Werktätigen geben kann. Wir begrüßen, daß dieses Problem im Mittelpunkt des Aktionsprogramms der KPdSU steht“, schrieb der Parteivorsitzende Franz Muhri in seinem Vorwort zu diesem am 5. April 1968 beschlossenen Dokument, das die KPÖ in deutscher Übersetzung als Broschüre herausbrachte.²

Die KPÖ hatte nach Abschluss des Staatsvertrags und dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1955 starke Rückschläge erlitten, sowohl in der Mitgliederbewegung, hinsichtlich der Aktivitäten der Parteiorganisationen, als auch was den Verlust von Positionen in Betrieben und Gemeinden und den Stimmenrückgang bei allgemeinen Wahlen betraf. 1959 musste sie ihr Ausscheiden aus dem österreichischen Nationalrat hinnehmen. Die in den 1960er Jahren eingeleitete politische und ideologische Neuorientierung und Öffnung verhalf der Partei jedoch zu einer gewissen Ausstrahlung und Resonanz in der Öffentlichkeit. Angestoßen vom 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 und der damit verbundenen „Entstalinisierung“ fand diese Wendung zunächst programmatischen Niederschlag in den Leitsätzen „Der Weg Österreichs zum Sozialismus“ des Jahres 1958, sowie in den von Franz Marek formulierten und vom 19. Parteitag 1965 beschlossenen „Thesen über Perspektiven“. Darin wurden Vorstellungen formuliert, die zu einem späteren Zeitpunkt als „eurokommunistisch“³ bzw. in der KPÖ-öffentlichen „Partei-geschichte“ als „revisions-nistisch“ und „Ergebnis einer Fehlentwicklung“ charakterisiert wurden.⁴ Im Verhältnis zu den sozialistischen Ländern wurde in diesen Jahren unter den Schlagworten der „Autonomie“ und „Unabhängigkeit“ ein Abgehen von Schönfärberei und bedingungsloser Solidarität bei gleichzeitiger Hinwendung zur „öffentlichen, sachlichen und freundschaftlichen Kritik“ an Fehlern und Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau vollzogen.

Dem entsprach die Betonung eines österreichischen, „friedlichen Weges zum Sozialismus“, die Kursnahme auf Etappenziele, eine qualitative Erneuerung der Demokratie und eine sozialistische Demokratie mit Mehrparteiensystem. Eine Neubestimmung der Haltung zur SPÖ brachte eine „Öffnung gegenüber der Sozialdemokratie“,⁶ die auch im Kandidaturverzicht der KPÖ bei den Nationalratswahlen 1966 und der Empfehlung zum Ausdruck kam, zur Verhinderung einer ÖVP-Mehrheit für die SPÖ zu stimmen. Die bereits im Jahr darauf konstatierte „Rechtentwicklung in der SPÖ“ bei gleichzeitiger Zurückdrängung von bescheidenen Ansätzen einer Linksorientierung, ihre fehlende Opposition zur „Klassenpolitik der ÖVP“, bedeuteten jedoch einen Rückschlag der damit verbundenen Orientierung der KPÖ auf Differenzierungs- und Wandlungsprozesse innerhalb der großen Parteien als Voraussetzung einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte.⁷

Die Grundgedanken der „Thesen“ sollten 1967 in einer breiten Parteidiskussion über „Demokratie und Sozialismus“ vertieft werden. Die zu diesem Zweck im September vom Zentralkomitee beschlossene und im Oktober mit Erläuterungen des langjährigen ZK-Sekretärs Friedl Fűrberg veröffentlichte Diskussionsgrundlage enthielt eine grundsätzliche Präzisierung in der Frage „des wissenschaftlichen Begriffs“ von der „Diktatur des Proletariats“, der durch „Arbeitermacht“ und „sozialistische Demokratie“ ersetzt werden sollte, und in der Frage des Mehrparteiensystems, wobei nunmehr auch die „Möglichkeit von oppositionellen Parteien, die gegen die sozialistische Orientierung sind“, vorgesehen war. Durch den Reformprozess in der Tschechoslowakei erhielt die Diskussion ab Jänner 1968 eine Aufwertung, stand doch für die österreichischen KommunistInnen fest, dass „die umwälzenden Ereignisse in der ČSSR“ nicht nur „von geschichtlicher Bedeutung“ seien „für die Demokratisie-

rungstendenzen in der sozialistischen Staatenwelt“, sondern auch für die revolutionäre Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, „deren Perspektiven weitgehend von der Problematik ‚Demokratie und Sozialismus‘ abhängig“ seien.⁸

Insgesamt waren die Jahre bis 1968 von Grundsatzdiskussionen über Fragen der kommunistischen Weltbewegung und der Theorieentwicklung des Marxismus geprägt, die oftmals mit Auffassungen Ernst Fischers und seinen internationalen Auftritten verbunden waren. Obwohl sich Fischer 1959 aus der operativen Leitungstätigkeit der Partei zurückgezogen hatte und sich fortan auf seine publizistische Arbeit konzentrierte, spielten die Auseinandersetzungen um seine Person in den 1960er Jahren eine zentrale Rolle. Im Mittelpunkt all dieser Kontroversen standen zwar theoretische Fragen – etwa die Entfremdung im Sozialismus, die kritische Funktion der Intellektuellen, die Frage des Klassencharakters der Wahrheit –, berührt wurden jedoch auch Fragen der Sozialismusedwicklung, die im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ und dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR ihre volle Relevanz entfalteten.

Die schwelenden ideologischen Differenzen in der KPÖ entluden sich erstmals im Jänner/Februar 1968 in offener Form: Zunächst stießen öffentliche Protesterklärungen von Intellektuellen der KPÖ, darunter drei ZK-Mitglieder (u.a. Ernst Fischer), gegen die Verurteilung der sowjetischen SchriftstellerInnen Ginsburg, Galanskov, Dobrovolskij und Laškova auf heftige Kritik.⁹ Von weitreichender Bedeutung war ein Zwischenfall am 3. Februar 1968, als ein im Klubraum der Parteizentrale geplanter Vortrag des zu diesem Zeitpunkt aus der KPČ ausgeschlossenen tschechoslowakischen Schriftstellers Antonín Liehm von erregten Arbeitern des Parteiverlags unter Führung der ZK-Mitglieder Maller und Hexmann verhindert wurde. Ein eigens aus diesem Anlass vorverlegtes Plenum des Zentralkomitees missbilligte sowohl die Haltung jener ZK-Mitglieder, die ohne Absprache mit der Parteileitung öffentliche Protesterklärungen unterzeichnet hatten, als auch die Verletzung der innerparteilichen Demokratie durch die Verhinderung der vom *Tagebuch*, der Intellektuellenzeitschrift der Partei, organisierten Veranstaltung.¹⁰ Was zu diesem Zeitpunkt deutlich wurde, war zwar noch nicht die Herausbildung zweier Flügel, der „Reformer“ und der „Konservativen“, wie in der zeitgenössischen Presse-

berichterstattung, aber auch in der Forschungs- und Memoirenliteratur oftmals simplifizierend behauptet wird, jedoch waren vor dem Hintergrund der politisch-ideologischen Differenzen eine tiefe Polarisierung und Anzeichen von Gruppen- und Fraktionsbildung unübersehbar. Appelle, diese Tendenz „durch die Klärung der ideologischen und politischen Fragen“ zu überwinden,¹¹ erwiesen sich in weiterer Folge als wirkungslos und unrealistisch, vielmehr vertieften sich nach dem offenen Ausbruch der Parteikrise im August 1968 die Gegensätze innerhalb der Partei.

Verurteilung des Einmarsches

Für die KPÖ kam der Einmarsch der Truppen von fünf Staaten des Warschauer Vertrags in die Tschechoslowakei überraschend, er widersprach den Informationen, die der KPÖ nach der Konferenz der Bruderparteien der sozialistischen Länder in Bratislava zur Verfügung standen. Im August informierte das ZK der KPdSU die österreichische Bruderpartei über seine Bewertung der Gespräche zwischen den Führungen von KPČ und KPdSU in Čierná nad Tisou und der Konferenz von Bratislava. Zwar wurden hierin die Orientierung der KPdSU auf eine politische Lösung der Probleme und die „positiven Resultate der Gespräche“ festgehalten, gleichzeitig jedoch „mit aller Offenheit“ ausgesprochen, dass man die sowjetischen Befürchtungen „nicht für vollständig aufgehoben erachten muss“.¹² Die KPÖ hatte zuvor im Zusammenhang mit den öffentlichen Polemiken und der Zuspitzung im Verhältnis zwischen der KPČ und den Bruderparteien ihre „volle Solidarität und Unterstützung für die Führung der KPTsch“, sowie ihre Befriedigung über das positive Ergebnis der Beratungen von Čierná und Bratislava zum Ausdruck gebracht. Hervorgehoben wurden „die Autonomie, die Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten und Bedingungen beim Aufbau des Sozialismus“, sowie die Meinung, dass sich die ČSSR in keinem „konterrevolutionären“ Prozess befinde und die Grundlagen des Sozialismus nicht unmittelbar bedroht seien.¹³ Diese Einschätzung der Entwicklung in der ČSSR wurde im Politischen Büro zuletzt am 13. August 1968 bekräftigt.¹⁴

„Die KPÖ gegen den Einmarsch“, titelte am 22. August 1968 die *Volksstimme*, das Zentralorgan der Partei,¹⁵ und brachte eine am Nachmittag des 21. August formulierte Erklärung des Polit-

büros, die die militärische Intervention missbilligte. In diesem Sinne hatte sich Franz Muhri bereits am Tag des Einmarsches in Interviews in Radio und Fernsehen geäußert.¹⁶ Mit nur sechs Gegenstimmen wurde auf einer eigens für den 22. August einberufenen Sitzung des Zentralkomitees diese „Missbilligung“ auf Vorschlag Ernst Fischers zu einer „Verurteilung“ zugespitzt.¹⁷ Im Beschluss des ZK wurde „die Besetzung der ČSSR“ als „eine direkte Verletzung der Normen der Beziehungen zwischen den Kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder“ zurückgewiesen.

Zwei Argumentationslinien blieben bei der Einschätzung der tschechoslowakischen Ereignisse auch in den Folgemonaten bestimmend: Zum einen die Auffassung, dass trotz des Wirkens „antisozialistischer Kräfte innerhalb und außerhalb der ČSSR“ keine akute konterrevolutionäre Situation bestanden habe und die KPČ unter Alexander Dubček selbst in der Lage gewesen sei, „mit diesen Gefahren fertig zu werden“. Die militärische Besetzung wurde insofern als „Folge schwerer Fehleinschätzungen“ eingeschätzt. Zum anderen trat die KPÖ „für eine friedliche politische Lösung“ des Konflikts als „Ergebnis von freien Verhandlungen mit den rechtmäßigen und gewählten Vertretern der ČSSR“ ein. Mit „Nachdruck“ wurden der Abzug der Truppen und „die Wiederherstellung der vollen Souveränität der sozialistischen Tschechoslowakei“ gefordert. Als einen Schritt zu dieser politischen Lösung betrachtete die KPÖ die Normalisierung der Beziehungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung: „Zu diesem Zweck wird die KPÖ Kontakt mit Bruderparteien aufnehmen“ und jede diesem Ziel dienende Initiative unterstützen, hieß es im genannten Beschluss.¹⁸

Diese Stellungnahme wurde allen kommunistischen Parteien übermittelt, in einem Begleitbrief wurde die Bereitschaft der KPÖ zu direkten Gesprächen ausgedrückt.¹⁹ Bereits am 18. Juli hatte die KPF den Vorschlag unterbreitet, zur Erörterung der Vorgänge in der ČSSR und der Reaktion der sozialistischen Länder eine Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien durchzuführen, worauf das Politbüro der KPÖ unverzüglich antwortete, dass die österreichische Partei „die Bemühungen um die Einberufung der vorgeschlagenen Konferenz gutheißt“ und ihre Teilnahme zusagt.²⁰ Von der KPdSU und den Parteien der sozialistischen Länder wurde diese Initiative jedoch abgelehnt.²¹ Angesichts der daraus

resultierenden Unwahrscheinlichkeit bzw. Unmöglichkeit einer europäischen Konferenz strebte die KPÖ nunmehr offensiv eine Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas an: Dahingehend präziserte Muhri bereits unmittelbar nach dem Einmarsch den allgemein gehaltenen Beschluss des Zentralkomitees.²² Am 24. August unterbreitete Franz Marek auf Beschluss des Politbüros der KPI in Rom den Vorschlag der KPÖ auf Einberufung einer westeuropäischen Konferenz. Diese Initiative der KPÖ „zur Analyse der tiefen Ursachen dieses Konflikts in der kommunistischen Weltbewegung“ wurde auch öffentlich kommuniziert, mehrmals in der Parteipresse veröffentlicht und Mitte September als Beschluss des Zentralkomitees fixiert.²³ In den Augen der KPÖ sollte eine solche Konferenz neben einem „informellen Meinungs-austausch über Grundsatzprobleme“ mittels „einer kollektiven Stellungnahme“ positiv auf die Parteien der fünf Interventionsstaaten einwirken und damit einen Beitrag „zur friedlichen politischen Lösung“ leisten. Die KPI unterstütze diesen Gedanken und werde darüber mit der KPF und der KP Großbritanniens sprechen, teilte Muhri am Plenum des Zentralkomitees mit.²⁴

Die Bemühungen der KPÖ waren jedoch vor dem Hintergrund der ablehnenden Haltung der KPdSU und dahingehender Einflussnahmen auf die Bruderparteien bereits zu diesem Zeitpunkt zum Scheitern verurteilt: Wenige Tage nach dem Beschluss des Zentralkomitees konnte die KPdSU die Erklärung von Luigi Longo zur Kenntnis nehmen, dass die KPI den Vorschlag der KPÖ ablehne. Bereits am 2. September wurde der KPdSU auch von der KPF mitgeteilt, dass sie keine multilateralen Treffen der kommunistischen Partei zu unterstützen gedenkt.²⁵ Die KPI hatte zuvor gegenüber der KPÖ die Zustimmung der KPF zu einer solchen Konferenz als Bedingung ihrer eigenen Teilnahme festgehalten.²⁶ Am ZK-Plenum der KPÖ am 12. September berichtete Muhri, dass die KPdSU „allen Parteien geschrieben“ habe, „dass sie gegen eine solche Konferenz ist“ und eine entsprechende Mitteilung auch an die KPÖ ergangen sei.²⁷ Offenbar dürfte die KPÖ jedoch über das Einlenken von KPI und KPF nicht parteioffiziell informiert worden sein, bekräftigte Muhri doch in einem Interview mit dem ORF Anfang Oktober das Eintreten seiner Partei für eine westeuropäische Konferenz u.a. mit dem Hinweis auf die zustimmende Haltung der italienischen und französischen Partei.²⁸ Wie ernst die KPdSU die Initiative der



20. Parteitag der KPÖ, 3. bis 6. Jänner 1969, in der Wiener Stadthalle.

KPÖ nahm, davon zeugen Telegramme, die gleich darauf an die KPÖ- und KPF-Führung gingen: Die KPÖ wurde vor „schwer korrigierbaren Folgen für die Einheit der europäischen kommunistischen Bewegung“ gewarnt, der KPF wurde nahe gelegt, ihre ablehnende Position auch öffentlich kundzumachen, was kurz darauf auch in einer Stellungnahme an die KPÖ, wonach sie eine Konferenz der KPs Westeuropas in der gegenwärtigen Situation „für nicht opportun“ halte, erfolgte.²⁹

Fortschreitender Differenzierungsprozess

Neben innenpolitischen Schwierigkeiten, die aus der Militärintervention resultierten und die KPÖ aufgrund der geographischen Nähe Österreichs zur ČSSR besonders betrafen, bedeutete der Einmarsch vor allem „eine schwere Belastungsprobe“ für die Einheit der Partei.³⁰ Es folgten jene bis Herbst 1969 währenden Auseinandersetzungen, die als „Partei-krise“ in die Geschichte der KPÖ eingingen. Es handelt sich jedoch um eine vereinfachende Einschätzung, dass bereits „der Einmarsch [...] die Fronten innerhalb der KPÖ eindeutig abgesteckt hatte“³¹ und die KPÖ seit diesem Zeitpunkt – seit August 1968 – in zwei klar abgrenzbare Flügel bzw. Fraktionen gespalten war: in konservativ-orthodoxe „Stalinisten“ und sektiererische „Dogmatiker“ auf der einen Seite, reformkommunistische „Progressive“, „Revisionisten“ und „Rechtsopportunisten“ auf der anderen Seite, je nach – zumeist in diffamierender Absicht erfolgender – Zuschreibung und Etikettierung. In Wahrheit geriet in einem über mehrere Bruchlinien vermittelten, sich fortwährend vertiefenden Differen-

zierungsprozesses die am 21. August eingeschlagene, in Kontinuität zur Neuorientierung der KPÖ stehende Linie von mehreren Seiten unter Druck, bis zur Eskalation der Auseinandersetzungen in der zweiten Jahreshälfte 1969.

Ähnlich wie die Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU und die Ungarn-Krise im Jahr 1956 führte die Intervention in der ČSSR 1968 zu schweren Erschütterungen und einer Vertrauenskrise in der Parteimitgliedschaft. Im Politbüro war Ende August von Diskussionen in den Parteiorganisationen die Rede, die „oft einen widersprüchlichen und stürmischen Verlauf“ nahmen.³² Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatte die KPÖ in offener Form Kritik an der KPdSU und anderen Parteien der sozialistischen Länder geübt. In Form und Inhalt waren die Erklärungen und Initiativen der KPÖ eine der weitestgehenden aller westeuropäischen kommunistischen Parteien. Von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung war jedoch, dass die breite Masse der Parteimitglieder aufgrund ihrer traditionellen Verbundenheit mit der Sowjetunion kritische Stellungen zu Problemen der sozialistischen Länder tendenziell als „antisowjetisch“ einschätzte und so auch die Verurteilung der Intervention durch das Zentralkomitee nur halbherzig mittrug bzw. generell ablehnte. So wusste Muhri wenige Wochen nach dem Einmarsch vor dem Zentralkomitee zu berichten, dass „in zahlreichen Bezirken sogar die Mehrheit der Funktionäre des tragenden Teils unserer Partei“ gegen den Standpunkt des ZK sei.³³ Neben der Parteibasis und dem Funktionärskader fand diese an überholten, jedoch tief verwurzelten



Franz Marek (1913–1979)

Vorstellungen festhaltende Tendenz, in der die Skepsis gegenüber den Grundgedanken des 20. Parteitags der KPdSU und dem in der KPÖ eingeleiteten „tiefgreifenden schwierigen langwierigen Prozeß der Umorientierung“³⁴ zum Ausdruck kam, auch im Parteiapparat selbst starken Rückhalt. So musste noch im Jahr 1970 festgestellt werden, dass selbst „die programmatischen Grundsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus keineswegs schon Gemeingut der großen Mehrheit“ der Parteifunktionäre und Mitglieder geworden seien.³⁵

Die ablehnende Haltung gegenüber der Verurteilung der Militärintervention durch das Zentralkomitee „von linken Gesichtspunkten aus“ – „dogmatische und sektiererische Standpunkte“ – wurden zu diesem Zeitpunkt vom KPÖ-Parteivorsitzenden zwar als quantitativ stärker eingeschätzt als die „extreme“ Gegenposition,³⁶ für Zuspitzungen im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen waren jedoch vor allem das öffentliche Auftreten von Ernst Fischer und Beiträge in der Intellektuellenzeitschrift der KPÖ bestimmend, die über die Beschlüsse der Partei hinausdrängten und von vielen – sowohl in ihrer inhaltlichen Tragweite als auch hinsichtlich der Art und Weise ihrer Artikulation – als Provokation empfunden wurden. So trat am 31. August der Beirat des *Tagebuchs* mit einer von 20 kommunistischen Intellektuellen – darunter Mitglieder des Zentralkomitees – unterzeichneten Erklärung an die Öffentlichkeit, die das Moskauer Abkommen als „Diktat“ und „Erpressung“ charakterisierte.³⁷ Am 10. September 1968 folgte ein als „politischer Paukenschlag“ gewertetes Interview Ernst Fischers im österreichischen Fernsehen, in dem er das Moskauer Übereinkommen ebenso als „Diktat“ bezeichnete und für den Fall, dass die ultimative Forderung nach einem sofortigen Abzug der Besatzungstruppen nicht erfüllt werde, den Bruch mit der sowjetischen Parteiführung verlangte.³⁸ Beide Stellungnahmen gingen weit über KPÖ-offizielle Verlautbarungen hinaus bzw. standen im

Gegensatz zur auch in einem ZK-Beschluss fixierten Einschätzung, dass der Abschluss des sowjetisch-tschechoslowakischen Abkommens in Moskau „in der realen Situation“ ein „erster Schritt zu einer friedlichen politischen Lösung“ sei. Demgemäß wurde im Oktober auch ein Antrag Franz Mareks, eine „gewisse Reserve in der Einschätzung des Moskauer Abkommens“ in die Diskussionsgrundlage für den bevorstehenden 20. Parteitag einzuformulieren, abgelehnt.³⁹

Insgesamt bekräftigte das 33. ZK-Plenum, das sich am 12. und 13. September mit den tschechoslowakischen Ereignissen beschäftigte, die kritische Haltung zum Einmarsch und die Forderung nach dem Abzug der ausländischen Truppen aus der ČSSR. Auch nach Abschluss des Vertrages über die zeitweilige Stationierung sowjetischer Truppen in der ČSSR hielt die Partei an ihrer Auffassung fest, „daß eine volle Wiederherstellung der Souveränität der ČSSR den raschesten Abzug aller ausländischen Truppen einschließt“.⁴⁰ Vor dem Hintergrund der genannten öffentlichen Stellungnahmen standen die einzelnen Redebeiträge am 33. ZK-Plenum jedoch bereits mehrheitlich im Zeichen des spektakulären Auftretens von Fischer und ähnlicher Haltungen in der Partei. Zwar wurden die im Referat von Muhri formulierten Grundlinien und die darin enthaltene Zurückweisung „extremer“ Standpunkte mit nur zwei Enthaltungen angenommen und eine Resolution dieses Inhalts mit nur zwei Gegenstimmen beschlossen,⁴¹ dennoch vertiefte sich der Prozess organisierter Gruppenbildung. Die Krise der Partei spitzte sich noch im Jahresverlauf bis zur Zerreißprobe zu, was auch auf einzelnen Bezirkskonferenzen und der dabei stattfindenden Wahl der Delegierten zum bevorstehenden 20. Parteitag zum Ausdruck kam.

Die Unzufriedenheit der Parteibasis speiste sich auch aus der Tatsache, dass das öffentliche Erscheinungsbild der KPÖ maßgeblich von den reformorientierten Kräften geprägt war: Dies hatte neben den in den Massenmedien Resonanz findenden öffentlichen Auftritten auch mit führenden Positionen ihrer Exponenten in der Parteipresse zu tun: Franz West fungierte als Chefredakteur des Zentralorgans, Franz Marek leitete das theoretische Organ *Weg und Ziel*. Ebenso dieser Strömung zuzuordnen waren neben der Intellektuellenzeitschrift *Tagebuch* die Mehrheit in der Jugendorganisation *Freie Österreichische Jugend*, sowie maßgebliche Kräfte in der Wiener

und niederösterreichischen Landesorganisation und der mit der KPÖ verbundenen Gewerkschaftsfraktion *Gewerkschaftliche Einheit* um Egon Kodicek. Der Einfluss dieser Kräfte erstreckte sich demgemäß weit über Kreise der Parteintellectuellen hinaus auf die Parteijugend und Betriebsfunktionäre, was auch in der Zusammensetzung des Zentralkomitees und Politischen Büros entsprechenden Niederschlag fand. Vor diesem Hintergrund kam der personellen Seite des im Jänner 1969 angesetzten 20. Parteitags, der Zusammensetzung des neuen Zentralkomitees, eine große Bedeutung zu. Als am Parteitag die Mitglieder des Politbüros Franz Marek und Egon Kodicek, sowie Theodor Prager und Fred Margulies nicht wieder ins ZK gewählt wurden, was gleichermaßen auf eine fraktionell vorbereitete Streichungsaktion wie auf die breite Ablehnung ihrer Auffassungen in der Parteibasis verweist, stand die Partei vor einer Zerreißprobe. Eine persönliche Initiative des Parteivorsitzenden Muhri führte schließlich zu einer Korrektur des Wahlergebnisses: Auf seinen Vorschlag hin wurde in einer offenen Neuabstimmung der gesamte Wahlvorschlag en bloc angenommen,⁴² womit nach der Auflehnung der Parteibasis die drohende Spaltung verhindert werden konnte. Marek legte darauf seine Funktion als Chefredakteur von *Weg und Ziel* zurück und schied aus dem Politbüro aus. Die konstituierende Sitzung des Zentralkomitees wählte Muhri in geheimer Wahl zum Parteivorsitzenden, sowie Friedl Fűrberg, Hans Kalt und Erwin Scharf, die bisher klar gegen die Auffassungen von Fischer und Marek aufgetreten waren, zu Sekretären des ZK. West blieb Chefredakteur der *Volksstimme*, Egon Kodicek, Josef Lauscher, Alfred Ruschitzka, Maria Urban und Fritz Zapf komplettierten das neue Politische Büro,⁴³ womit das Kräfteverhältnis im operativen Führungsgremium der Partei unverändert und in etwa ausgewogen blieb. Im Laufe der Diskussion im ZK waren zuvor zahlreiche Stimmen laut geworden, die sich gegen die Wahl von Scharf und Fűrberg ins Politbüro aussprachen. Im Zentralkomitee selbst war das Kräfteverhältnis ähnlich: So wurden in einem vertraulichen Bericht des ZK-Mitglieds Robert Dubovsky an die SED 42 Mitglieder dieses Gremiums für eine „marxistisch-leninistische Politik“ ausgemacht, (wohl leicht überzeichnet) 33 für die von Dubovsky so bezeichnete „Fischer-Marek-Gruppe“ und zwölf als nicht eindeutig einzuschätzen.⁴⁴

Inhaltliche Bruchlinien

In inhaltlicher Hinsicht standen in der Parteidiskussion der Jahre 1968/69 drei Problemstellungen im Mittelpunkt der Kontroversen: Zum einen Fragen der kommunistischen Weltbewegung, allen voran das Verhältnis zur KPdSU und den sozialistischen Ländern, weiters die Einschätzung der Entwicklung in der Tschechoslowakei, sowie der „neuen Linken“ und daraus resultierende Herausforderungen für die KPÖ.

In der Diskussion über Grundfragen der kommunistischen Bewegung wurde an den Reformimpuls des 20. Parteitags der KPdSU, der sich in der programmatischen Neuorientierung der KPÖ widerspiegelte, angeknüpft. Konkret wurden drei tiefer liegende Gründe für die zum Einmarsch führende „Fehleinschätzung“ herausgearbeitet: Zum einen die „Verletzung der Prinzipien der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und [...] sozialistischen Ländern“, sowie des Grundsatzes der Gleichberechtigung, Autonomie und Souveränität. In diesem Zusammenhang wurde auch die Missachtung der Einschätzung der westeuropäischen kommunistischen Parteien kritisiert. Zweitens wurde das Problem der Demokratieentwicklung in den Ländern des realen Sozialismus neu aufgerollt bzw. schärfer akzentuiert. Kritisiert wurden Deformations- und Stagnationserscheinungen der sozialistischen Demokratie, sowie „politischer und ideologischer Paternalismus“ und Bevormundung, ja das Fehlen der Diskussions- und Informationsfreiheit in der Sowjetunion. So werde beispielsweise in der dortigen Presse unzureichend über das Aktionsprogramm der KPČ oder über die ablehnende Haltung der westeuropäischen Bruderparteien zum Einmarsch in die ČSSR informiert. Drittens wurde an die vom 20. Parteitag angestoßene Debatte über nationale Besonderheiten und allgemeingültige Merkmale beim Übergang zum und Aufbau des Sozialismus angeknüpft. Vor dem Hintergrund der seitens der SED erfolgten Charakterisierung des Aktionsprogramms der KPČ als „revisionistisch“ und der gesellschaftlichen Entwicklung und nationalen Formen der sozialistischen Demokratisierung in der ČSSR als „konterrevolutionär“ wurden die Vorstellungen der KPÖ über die „Vielfalt der Wege und Formen“, über einen österreichischen Weg zum Sozialismus – auf Grundlage des Mehrparteiensystems bei Zulassung einer Opposition – verteidigt. Sozialismus bedeute

nicht die „Beseitigung bestehender demokratischer Errungenschaften und Freiheiten, sondern die Hinzufügung und Erringung neuer Rechte und Freiheiten für die arbeitenden Menschen, die nur durch die Zurückdrängung und Ausschaltung des Großkapitals aus der Politik und aus der Wirtschaft möglich sind“, so Muhri im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den 20. Parteitag der KPÖ.⁴⁵

Noch vor dem Parteitag hatte im Politbüro und Zentralkomitee das Kommuniké über eine Aussprache der Delegationen von KPÖ und KPdSU zu Auseinandersetzungen geführt. Bei den am 2. und 3. Dezember stattfindenden Gesprächen konnte erwartungsgemäß keine Einigung hinsichtlich der Intervention der Warschauer Vertragsstaaten erzielt werden, was jedoch im Kommuniké auf Druck der KPdSU keinen direkten Niederschlag fand.⁴⁶ Während das Politbüro nach Abschluss des Meinungs austausches über das Kommuniké die Passage über die ČSSR als „Kompromissformel“ und „sicherlich keine Ideallösung“, jedoch gleichermaßen als „kein Abgehen von unserem Standpunkt“ charakterisierte, konstatierte beispielsweise Ernst Fischer eine faktische „Zurücknahme der unabhängigen Haltung“ der KPÖ und eine „erschütterung unserer Glaubwürdigkeit“.⁴⁷ Zur Abfederung wurde dem Kommuniké in der *Volksstimme* ein Interview mit Franz Muhri zur Seite gestellt, in dem die ablehnende Haltung der KPÖ gegenüber dem Einmarsch unterstrichen wurde.⁴⁸ Der Bericht Alfred Ruschitzkas an das Zentralkomitee vom 18. Dezember macht darüber hinaus deutlich, dass die Delegation der KPÖ in Moskau von ihren Auffassungen – etwa dem Bekenntnis zur „Nachjännerpolitik“ der KPČ – in keiner Weise abrückte und auch die in den Vormonaten aufge rollten Grundfragen der kommunistischen Bewegung offen zur Sprache brachte, bis hin zur kritischen Frage, ob etwa die Absicht bestehe, „einige wesentliche Grundsätze des 20. Parteitags zu revidieren“, was die Delegation der KPdSU verneinte.⁴⁹

Festgehalten wurde im Rahmen der Aussprache in Moskau die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen KPdSU und KPÖ. Auch am 20. Parteitag wurden auf einen Bruch mit den sozialistischen Ländern und der KPdSU-Führung orientierende Auffassungen zurückgewiesen. Die Beziehungen zu diesen seien vielmehr „auf der Grundlage einer richtigen Verbindung des Prinzips der Autonomie und der Solidarität“ zu gestalten.⁵⁰ Insgesamt wurden im Verlauf der „Parteikri-

se“ von der Mehrheit des Politbüros und Zentralkomitees alle Initiativen abgelehnt, die vor dem Hintergrund der kritischen Positionierung der KPÖ zum 21. August 1968 eine weitere Verschärfung und Zuspitzung des Verhältnisses zur KPdSU und den anderen Bruderparteien bedeuten hätten können. Im Gegensatz dazu intensivierte u.a. der *Tagebuch*-Kreis seine Forderungen nach einer weitergehenden Kritik und Distanzierung von der Sowjetunion, bis hin zur Gleichstellung des 21. August 1968 als „ähnlich schicksalhaftem Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung“ wie einst der 4. August 1914 in einem redaktionellen Beitrag,⁵¹ was als Aufforderung zum Bruch und als Verneinung des sozialistischen Charakters der Sowjetunion gewertet wurde.⁵²

Eine weitere, die Spaltung im Zentralkomitee vertiefende Bruchlinie stellte die Einschätzung der Entwicklung in der ČSSR und der personellen Veränderungen an der Spitze der KPČ im April und September 1969 dar. Die KPÖ bezeichnete – zunächst in einem Kommentar im Zentralorgan, später in einem Beschluss des Zentralkomitees – die Ablösung von Alexander Dubček als Erster Sekretär der Partei und seine Ersetzung durch Gustáv Husák zwar als „innere Angelegenheit“ der KPČ, hob jedoch ihre Unterstützung der „dezidierten Erklärung“ Husáks hervor, die „Nachjännerpolitik“ auf Grundlage des Aktionsprogramms fortzusetzen.⁵³ Im Abstimmungsergebnis von 45 gegen 20 Stimmen (bei sechs Enthaltungen) kam die gegenläufige, u.a. vom *Tagebuch*-Beirat vertretene Einschätzung zum Ausdruck, dass die Veränderungen in der KPČ auf eine „Liquidierung aller wesentlichen Elemente der Nachjännerpolitik“ hinausliefen.⁵⁴ Inhaltlich weitergehende Ergänzungsanträge, die die Einmischung der KPdSU in innere Angelegenheiten der ČSSR und die fortwährende Anwesenheit sowjetischer Truppen in der ČSSR deutlicher verurteilten, fanden keine Mehrheit.⁵⁵ Auch ein Antrag von Franz West, der die „Sorge“ über die am September-Plenum des ZK der KPČ beschlossene Entfernung von führenden Parteifunktionären und die Abberufung von Alexander Dubček aus dem Präsidium zum Ausdruck brachte, wurde mit 24:36:6 Stimmen abgelehnt. Die unterschiedlichen Auffassungen in der Parteiführung der KPÖ über die Entwicklung in der ČSSR führten in den letzten Monaten des Jahres 1969 letztlich dazu, dass zu dieser Frage nicht mehr parteioffiziell Stellung bezogen werden

konnte.⁵⁶ Nachrichten und Meldungen über Entwicklungen in der ČSSR wurden in der *Volksstimme* weitgehend unkommentiert wiedergegeben.

Insgesamt standen Äußerungen der KPÖ über den Reformprozess in der Tschechoslowakei seit 1969 im Zeichen der Unterstützung der „Normalisierung“. So bestand eine leichte Akzentverschiebung auch darin, dass – analog zu dahingehenden Einschätzungen der KPČ – stärker als zuvor die Uneinigkeit der neuen Parteiführung nach dem Jänner 1968, die Einmischung der imperialistischen Mächte, das Wirken dogmatischer und antisozialistischer Kräfte, sowie die Notwendigkeit eines entschlossenen Kampfes gegen diese hervorgehoben wurde. Bereits in der Parteitage resolution wurde festgehalten, dass der Einmarsch nicht zur Verhinderung des Demokratisierungsprozesses in der ČSSR erfolgt sei, vielmehr hätten alle bekannten Tatsachen die „Meinung erhärtet, daß das Motiv für den Einmarsch, zu dem sich die fünf Warschauer-Pakt-Staaten schweren Herzens entschlossen haben, die Sorge um das Schicksal des Sozialismus“ in der ČSSR und um die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft war.⁵⁷ Zudem wurde ab Dezember 1968 immer stärker das Argument ins Treffen geführt, „wieder richtige Proportionen in unserer Arbeit herzustellen“ und von der Fixierung auf die tschechoslowakischen Ereignisse und auf Grundprobleme der kommunistischen Bewegung wieder zur praktischen Arbeit, zur Konzentration auf innenpolitische Aufgaben wie den bevorstehenden Nationalratswahlkampf und wirtschaftspolitische Fragen wie die geplante Reform der verstaatlichten Industrie, sowie auf internationale Fragen wie die Solidarität mit dem Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes überzugehen.⁵⁸

Eskalation und „Normalisierung“

Bestimmend blieb zunächst die Orientierung der Parteiführung auf Wahrung bzw. Wiederherstellung der politischen und ideologischen Einheit der Partei, weshalb die mit nur drei Stimmenthaltungen⁵⁹ beschlossene Hauptresolution des 20. Parteitags als Plattform eines „Neubeginnens“ betrachtet wurde, auf deren Grundlage die Krise überwunden werden sollte. Diese Plattform sollte in einem „Zweifrontenkampf“ gleichermaßen gegen extreme Auffassungen des Dogmatismus und „Revisionismus“ und dahingehende einseitige Interpretationen des 19. Parteitags verteidigt werden. In-

dem die Einschätzungen und Forderungen des *Tagebuch*-Kreises und einzelner Mitglieder der Parteiführung jedoch in vielen Fragen über die in der Parteitage resolution formulierte Kritik hinausgingen, standen die reformorientierten Teile der KPÖ, die sich als legitime VertreterInnen des 19. Parteitags betrachteten, insgesamt vor dem Problem, dass die prominentesten Exponenten der Neuorientierung – allen voran Fischer und Marek – nunmehr in der Parteiöffentlichkeit als jene erschienen, die gegen die Beschlüsse der Partei, für eine Revision der am 19. und 20. Parteitag fixierten Grundlinie und gegen den dort proklamierten „Neubeginn“ eintraten.

Wesentlich zur Zuspitzung der Auseinandersetzung im Verlauf des Jahres 1969 trugen Äußerungen Ernst Fischers und des *Tagebuchs* über die „neue Linke“ bei, die Charakter und Notwendigkeit der KPÖ als revolutionäre Partei berührten. So sprach sich Fischer in einem Artikel in der *Hamburger Zeit* für ein Bündnis verschiedenartiger linker Gruppierungen aus, deren flexible Taktik bis zum Versuch reichen müsse, „versteinerte Parteien zu sprengen, von ihnen loszureißen, was noch lebt“, was als „Infragestellung der Funktion der KPÖ“, als „offene Ankündigung eines Kurses auf Spaltung“ der Partei bzw. ihre Ersetzung durch eine „nebulo-se Linksbewegung“ interpretiert wurde.⁶⁰ Vor dem Hintergrund solcher Überspitzungen wurde die bisher weitgehend wirkungslose Orientierung auf eine politisch-ideologische Klärung der Streitfragen im Jahresverlauf durch die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit jener „Tendenz“ abgelöst, „einige wesentliche Grundsätze des 19. und des 20. Parteitages von rechtsopportunistischer Position aus [...] öffentlich anzugreifen und sie in Frage zu stellen“, wie Muhri am Höhepunkt der Auseinandersetzungen Ende 1969 resümierte.⁶¹ „Dogmatische und sektiererische Tendenzen“, mit denen man sich ebenso auseinandersetzen müsse, wurden in diesem Zusammenhang eher formelhaft ins Treffen geführt.

Der Ausschluss Fischers lieferte letztlich den Anlass zur Eskalation der Auseinandersetzungen im Herbst 1969: Nachdem dieser in einem Fernsehinterview sein Diktum vom „Panzerkommunismus“, der dem humanistischen Sozialismus gegenüber stehe,⁶² geprägt hatte, beschloss die laut Parteistatut autonom agierende Schiedskommission im Mai, Fischer aus der KPÖ auszuschließen. Einer darauf folgenden Empfehlung des Zentralkomitees, diese Maßnahme aufzu-

heben, wurde im Oktober nicht entsprochen.⁶³ In Reaktion darauf traten 27 Mitglieder des Zentralkomitees ohne Konsultation des Politbüros mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie den Ausschluss Fischers als „weiteren Schlag gegen Demokratie und Autonomie“ charakterisierten, der „die Tendenz zur Spaltung“ der KPÖ verstärke.⁶⁴ Diese Vorgänge machten den quer durch alle Parteiorganisationen gehenden tiefen Riss in der KPÖ deutlich: Aus unzähligen Basisstrukturen der Partei – Bezirks-, Betriebs- und Grundorganisationen –, sowie von einzelnen Parteimitgliedern trafen nun Stellungnahmen und Resolutionen beim Zentralkomitee ein, die einerseits gegen den Ausschluss Fischers protestierten, in ihrer Mehrzahl jedoch sein Auftreten und die öffentliche Erklärung der „27“ als „Fraktionstätigkeit“ verurteilten. Diese Stimmung widerspiegelte sich auch im Zentralkomitee: Die 7. Plenartagung akzeptierte am 27. und 28. Oktober auf Antrag von Fürnberg mit 46 gegen 28 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Ausschluss Fischers mit der Feststellung, dass es seine „ideologischen und politischen Auffassungen“ ablehne. Zugleich wurde die Erklärung der 27 als „den für die Partei geltenden organisatorischen Grundsätzen“ widersprechend zurückgewiesen.⁶⁵ Marek hatte zuvor in seinem Redebeitrag alle mit dem Ausschluss Fischers nicht einverstandenem ZK-Mitglieder aufgefordert, im Falle einer Annahme des Antrags von Fürnberg „nach der Sitzung hierzubleiben“, um über weitere Maßnahmen und Erklärungen zu beraten, worauf tatsächlich etwa 20 ZK-Mitglieder zurückblieben und sich Anfang November mit ultimativen Forderungen an das Politbüro wandten.⁶⁶

Muhris Referat auf dem 8. ZK-Plenum am 24./25. November 1969 war ein letztes Mal von seinem Bemühen um einen Ausgleich und Kompromiss gekennzeichnet, für den – wie sich zeigen sollte – keine Grundlage mehr bestand: Bei gleichzeitiger Ablehnung von Gruppenbildungen sprach er sich gegen „monolithische“ Leitungsstrukturen aus und sagte – Bezugnehmend auf die Forderungen der „27“ – die Öffnung der Parteiorgane für parteiinterne Kontroversen zu. Als Grundlage für die Überwindung der Krise bezeichnete er jedoch auch die Verbindlichkeit von Beschlüssen, den Verzicht auf die Austragung der Meinungsverschiedenheiten in den Massenmedien und die Überwindung der Tendenz zu Gruppenbildungen. Eine Absage erteilte er der Ersetzung der KPÖ durch eine „neue Linke“, sowie ei-

ner Linie der Zuspitzung der Beziehungen oder gar des Bruchs mit der KPdSU. Die dem Inhalt des Referats folgende Hauptresolution wurde mit 52:27:3 Stimmen angenommen.⁶⁷

Ein mit knapper Mehrheit (37:34:4) angenommener Antrag des niederösterreichischen Landessekretärs Karl Zenker, dass Franz Zapf als Verantwortlicher für Jugendarbeit aus dem Politbüro ausscheiden solle, nachdem dieser sich geweigert hatte, die in der vorangegangenen Sitzung beschlossene Kursnahme auf den Aufbau einer kommunistischen Jugendbewegung mitzutragen, führte letztlich zum Bruch: Die Mitglieder des Politbüros Maria Urban, Egon Kodicek und Franz West legten ihre Funktionen in diesem Gremium zurück, letzterer auch seine Aufgabe als Chefredakteur des Zentralorgans.⁶⁸ Darauf verließen die meisten der „27“ den Saal und kehrten in weiterer Folge der KPÖ den Rücken. Es folgte eine Welle von Funktionsniederlegungen und Parteiaustritten, darunter zahlreiche Partei- und Betriebsfunktionäre, Intellektuelle und Vertreter der Jugendorganisationen. Zur Überwindung der Krise und Wahl einer aktionsfähigen Parteiführung wurde der 21. Parteitag auf Ende Mai 1970 vorverlegt, der hinsichtlich innerparteilicher Fragestellungen im Zeichen der „Normalisierung“, der Abrechnung mit dem „Rechtsopportunismus“ und der Bekräftigung des „Marxismus-Leninismus“ stand. Im Zuge der Kampagne gegen die sich im Umfeld des *Wiener Tagebuchs*, der FÖJ und der von der *Gewerkschaftlichen Einheit* abgespaltenen *Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit* sammelnden „revisionistischen“ Kräfte⁶⁹ wurden auch einzelne Parteiausschlüsse vollzogen, etwa gegen Franz Marek. Insgesamt verringerte sich der Mitgliederstand der Partei um ein Drittel: von 31.415 am 1. Jänner 1968 auf 26.663 zur Zeit des 21. Parteitags im Mai 1970 und 21.680 Ende 1971.

Resümee

Dieser Entwicklung entsprach die Rücknahme der im August 1968 vom Zentralkomitee der KPÖ beschlossenen Verurteilung des Einmarsches der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR im März 1971: Seit 1969 wurde von maßgeblichen Teilen der Partei eine Neubewertung der tschechoslowakischen Ereignisse und eine Revision des ZK-Beschlusses gefordert. Als Abschluss der Diskussionen über die Ereignisse in der Tschechoslowakei wurde dieser in der Parteibasis und im Funktionärskader do-

minierenden Stimmung letztlich im Frühjahr 1971 Rechnung getragen: Nach der Einladung einer KPÖ-Delegation nach Prag beschloss das 5. ZK-Plenum am 11. März 1971 mit vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen, das „Eingreifen der fünf Warschauer-Pakt-Staaten“ als „eine bittere Notwendigkeit“ anzusehen. Erwin Scharf führte in seinem Referat zur Rechtfertigung dieses Kurswechsels zwei Argumente ins Treffen: Zum einen sei es eine Fehleinschätzung gewesen, dass die KPČ und die tschechoslowakische Arbeiterklasse aus eigener Kraft imstande gewesen wären, mit den „antisozialistischen Gefahren“ fertig zu werden, zum anderen wandte er sich unter Berufung auf den Klassenstandpunkt gegen das Verständnis einer „abstrakten Souveränität“. Demgegenüber sei die „Verteidigung des Sozialismus“ die „höchste Pflicht des Kommunisten“.⁷⁰

Nicht zuletzt auf Initiative von Franz Muhri,⁷¹ der auch am Plenum offen seine Zweifel an der Notwendigkeit des Einmarsches zum Ausdruck brachte,⁷² wurde eine Kompromissformulierung in die Beschlussvorlage aufgenommen, die im „Interesse der Einheit der Partei“ auch die Respektierung „kritische(r) Vorbehalte“ einzelner GenossInnen festhielt. Insgesamt verdeutlichen aus meiner Sicht die Auseinandersetzungen innerhalb der KPÖ nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in Prag die konstruktive Rolle und differenzierte Position des damaligen Parteivorsitzenden, die mir – in politischer Hinsicht – als weitaus bedenkenswerter erscheint als die im Umfeld von Ernst Fischer und Franz Marek entwickelte Konzeption. Ungeachtet der Tatsache, dass Fischer und Marek einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung marxistischen Denkens leisteten und Problemstellungen aufzeigten, denen sich weite Teile der Partei verschlossen, hätte die von ihnen verfolgte praktische Kursnahme auf eine Distanzierung von den sozialistischen Ländern und einen Bruch mit der KPdSU, ihre Orientierung auf eine – an die Stelle der KPÖ tretende – „neue Linke“ keine politikfähige Alternative darstellen können. Eine Mehrheit für diese Linie wäre auch keine Garantie für einen bedeutenderen Aufschwung als jenen gewesen, den die KPÖ in den frühen 1970er Jahren aufgrund ihrer Verankerung in sozialpolitischen Bewegungen verbuchen konnte, zumal in diesem Fall ein noch höherer Grad der Zerrüttung der Partei die Folge gewesen wäre.

Aus heutiger Sicht erscheint mir vor allem die Frage von Interesse, warum nicht



Franz Muhri, Vorsitzender der KPÖ, am 20. Parteitag im Jänner 1969.

jene Linie langfristig zum Tragen kam, die in diesen krisenhaften Jahren mit Franz Muhri oder etwa auch mit Josef Lauscher verbunden werden konnte: In ihr verkörperte sich m.E. auf der einen Seite die prinzipielle Offenheit gegenüber den vom XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Fragestellungen, die mit einem kritischen Verhältnis gegenüber den eigenen Fehlern der Vergangenheit und gegenüber Fehlentwicklungen in den sozialistischen Ländern, mit einer offenen Diskussion über Fragen der marxistischen Theorie und einer Lockerung festgefahrener ideologischer Fronten einherging. Auf der anderen Seite trat diese Linie gegen falsche Zuspitzungen, neue Verhärtungen und wechselseitige Aufschaukelungen ein, um die Einheit der Partei auf marxistischer Grundlage zu wahren. Dieses innerparteilich als „Zentrismus“ etikettierte Herangehen war m.E. kein taktisches Lavieren zwischen den Fronten, sondern eine der Situation angemessene inhaltliche Orientierung, um die wesentlichen Punkte des in der Parteibasis ohnehin schwach verankerten Reformkurses unter den veränderten, weitaus schwierigeren Bedingungen nach dem August 1968 weiterzuentwickeln.

Diese differenzierte Linie war zunächst auch bestimmend bei der Formulierung der kritischen Haltung zur Militärintervention in Prag, geriet jedoch im Verlauf der Auseinandersetzung von beiden Seiten immer stärker unter Druck. Zwar kann die Position eines Ernst Fischer oder Franz Marek nicht mit all jenen reformorientierten Kräften identifiziert werden, die im Ausgang der „Parteikrise“ die Partei verließen. Es ist jedoch vor al-

lem auf deren mit massenmedialer Rückendeckung, oftmals in provokatorischer Absicht lancierte Stellungnahmen und auf überspitzte Auffassungen im Umfeld des *Tagebuch*-Kreises zurückzuführen, dass Franz Muhri in diesem Parteiflügel letztlich keinen Bündnispartner für eine realisierbare Weiterführung der Neuorientierung finden konnte. Der Ausgang der „Parteikrise“ war so im wesentlichen das Resultat eines Bündnisses der an dogmatischen Auffassungen festhaltenden Kräfte mit jenen Teilen der Partei, die zwar Reformimpulse aufnahmen, jedoch gleichermaßen gegen die in ihren Augen von den „Revisionisten“ betriebene „Sozialdemokratisierung“ bzw. Liquidation der KPÖ eintraten.⁷³

Insgesamt verweisen die Auseinandersetzungen dieser Jahre auch auf Probleme der politischen Kultur der KPÖ: Anknüpfend an die schlechtesten Traditionen der kommunistischen Bewegung wurden im Verlauf der „Parteikrise“ abweichende Auffassungen als „parteifeindliche Gruppierung“ abgestempelt und pauschal als „revisionistisch“ verurteilt, was sowohl eine konkrete inhaltliche Auseinandersetzung, als auch die Erarbeitung differenzierter Positionen behinderte. Ein Symptom dafür ist nicht zuletzt die Tatsache, dass auf Initiative der Wiener Parteiorganisation der ab 1945 bis 1969 amtierende, im Verlauf der Auseinandersetzungen auf Ausgleich bedachte Landesobmann Josef Lauscher am Parteitag 1970 nicht mehr ins Zentralkomitee gewählt wurde und auch Franz Muhris „schwankende“ und „zentristische Haltung“ in das Schussfeld dieser Kritik geriet. Nicht zufällig wurde 1970 massenmedial wiederholt über eine Ablöse Muhris als Parteivorsitzender spekuliert. Diese Akzentverschiebung in Richtung „ideologische Gesundung“⁷⁴ der Partei wurde auch in der Forderung Walter Hollitschers deutlich, nicht nur einen Schlusstrich „unter der revisionistischen“, sondern auch unter der „zentristischen Vergangenheit (zu) ziehen“.⁷⁵

So kam es nach Überwindung der „Parteikrise“ in wichtigen Fragen zu einer neuerlichen Verhärtung überholter Vorstellungen, im Parteileben verfestigte sich eine auf die Abwehr kritischer Fragen gerichtete Haltung. Zwar konnten in der Analyse der kapitalistischen Entwicklung, in der Untersuchung der ökonomischen und politischen Veränderungen bedeutende Leistungen erzielt werden (z.B. das Konzept des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ mit seiner Kritik der Sozialpartnerschaftspolitik). Auch wurde im 1982 beschlossenen Par-

teiprogramm mit dem Titel „Sozialismus in Österreichs Farben“ an zahlreiche Grundgedanken bisheriger Diskussionen über „Demokratie und Sozialismus“ angeknüpft. Mit dem formelhaften Bekenntnis zur Sowjetunion und den Prinzipien des „Marxismus-Leninismus“ wurde jedoch eine offene Diskussion der seit dem XX. Parteitag der KPdSU aufgeworfenen Fragen und die kritische Auseinandersetzung über Problemstellungen der sozialistischen Länder „auf längere Zeit wieder weitgehend eingestellt“. Fortgesetzt wurde die frühere Linie einer unkritischen Solidarität mit der KPdSU,⁷⁶ wie Franz Muhri in den 1990er Jahren resümierte.

Nach dem Zusammenbruch der Staaten des realen Sozialismus wurde die 1971 erfolgte Rücknahme der Verurteilung des Einmarsches als „politische Fehler“ bezeichnet. Den „Prager Frühling“ charakterisierte diese zum 25. Jahrestag der Intervention beschlossene Erklärung der KPÖ als „eine der letzten Chancen einer tiefgreifenden Erneuerung des Sozialismus“.⁷⁷

Anmerkungen:

- 1/ ZK der KPÖ begrüßt neuen Kurs der ČSSR – Solidarisch mit Frankreich, in: *Volksstimme*, 8.6.1968, S. 1.
- 2/ Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1968, S. 1.
- 3/ Spira, Leopold: Ein gescheiterter Versuch. Der Austro-Eurokommunismus. Wien–München 1979, S. 52.
- 4/ KPÖ. Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik. Wien 1989 (2. Aufl.), S. 440 und 462.
- 5/ Muhri, Franz: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei (Bericht des Zentralkomitees der KPÖ), in: Der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Kongresshaus der Gewerkschaft der Eisenbahner, 27. bis 30. Mai 1965 (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1965], S. 59–96, hier S. 87f.
- 6/ Ehmer, Josef: Die Kommunistische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik. Wien 1997, S. 323–332, hier S. 325.
- 7/ Zur politischen Situation und Lage der Partei nach den Herbstwahlen 1967, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien 1968, S. 6f. und 13.
- 8/ Demokratie und Sozialismus. Grundlagen für eine Diskussion. Beilage in: *Volksstimme*, 15.10.1967, S. 5; Demokratie und Sozialismus, in: *Weg und Ziel*, Nr. 5/1968, S. 215–216, hier S. 215.
- 9/ Ein Protest, in: *Neues Forum. Zeitschrift für*

- den Dialog*, 15. Jg. (1968), Nr. 169/170, S. 9.
- 10/ ZPA der KPÖ, Protokoll der 28. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 16./17.2.1968, Beilage: Antrag des Politbüros; Brief des ZK an alle Landes- und Bezirksleitungen, 22.2.1968.
- 11/ Ebd., Beilage 13: Friedl Fürnberg, S. 12.
- 12/ RGANI, F. 3, op. 72, d. 196, S. 75–78 und 79f., Politbüro-Beschluss des ZK der KPdSU P 94 (102), „Zur Mitteilung an die Bruderparteien über die Ergebnisse des Treffens in Čierná nad Tisou und der Konferenz in Bratislava“, Beilage Nr. 1: An den sowjetischer Botschafter, 13.8.1968.
- 13/ Von Čierná nach Bratislava, in: *Volksstimme*, 3.8.1968, S. 1; KPÖ begrüßt Ergebnis von Bratislava, in: *Volksstimme*, 6.8.1968, S. 1.
- 14/ ZPA, Protokoll Nr. 171 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 13.8.1968, S. 1.
- 15/ Die KPOe gegen den Einmarsch, in: *Volksstimme*, 22.8.1968, S. 1 und 5.
- 16/ ZPA, Protokoll Nr. 173 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 21.8.1968; Erklärung des Politbüros des ZK der KPÖ, in: *Volksstimme*, 22.8.1968, S. 1; Franz Muhri: Wir wenden uns gegen den Einmarsch. Interview mit KPÖ-Vorsitzenden im Fernsehen, in: *Volksstimme*, 22.8.1968, S. 3.
- 17/ Protokoll der 32. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs 22. August 1968. o.O. [Wien] o.J. [1968], S. 15–17, hier S. 16.
- 18/ Für eine friedliche politische Lösung. Beschluß des Zentralkomitees der KPÖ, in: *Volksstimme*, 24.8.1968, S. 1.
- 19/ ZPA, Protokoll Nr. 174 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 23.8.1968.
- 20/ KPÖ stimmt Konferenzinitiative der KPF zu, in: *Volksstimme*, 19.7.1968, S. 1.
- 21/ Neubert, Harald: Die Hypothek des kommunistischen Erbes. Erfahrungen, Zeugnisse, Konsequenzen. Hamburg 2002, S. 136.
- 22/ Muhri im Fernsehen: KPÖ wird Initiative ergreifen, in: *Volksstimme*, 23.8.1968, S. 1.
- 23/ ZPA, Protokoll Nr. 174 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 23.8.1968; Franz Mareks Aussprache mit Vertretern der KP Italiens, in: *Volksstimme*, 27.8.1968, S. 2; KPÖ fordert erneut Räumung der ČSSR. Tagung des Zentralkomitees spricht sich für eine Konferenz der kommunistischen Parteien Westeuropas aus, in: *Volksstimme*, 14.9.1968, S. 1–2, hier S. 2.
- 24/ ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 12.9.1968, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, S. 16.
- 25/ RGANI, F. 3, op. 72, d. 204, S. 38f., Politbüro-Beschluss des ZK der KPdSU P 100 (9), „Zu den Maßnahmen der weiteren Arbeit mit den Bruderparteien in Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei“, Beilage 1: An den sowjetischen Botschafter, 9.9.1968.
- 26/ Spira: Ein gescheiterter Versuch, S. 100.
- 27/ ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, S. 2f. und 19.
- 28/ Fragen der Weltbewegung. Ein Interview

- des ORF mit Franz Muhri und Walter Wachs, in: *Volksstimme*, 3.10.1968, S. 3.
- 29/ RGANI, F. 3, op. 72, d. 210, S. 29, Politbüro-Beschluss des ZK der KPdSU P 104 (23), „Zu den Telegrammen an die Führung der österreichischen und französischen kommunistischen Partei“, Beilage 1: An den sowjetischen Botschafter [in Wien], 8.10.1968; ebd., S. 70f., Beilage 2: An den sowjetischen Botschafter [in Paris], 8.10.1968; KPF: Westeuropäische Konferenz „nicht opportun“, in: *Volksstimme*, 15.10.1968, S. 2.
- 30/ Fragen des Sozialismus. Aus dem Referat von Franz Muhri im Zentralkomitee der KPOe, in: *Volksstimme*, 15.9.1968, S. 3–5, hier S. 5.
- 31/ Keller, Fritz: Die Spaltung der KPÖ 1969/70 – Ungenutzte Chance für eine linkssozialistische Partei in Österreich, in: Baumgarten, Jürgen (Hg.): *Linkssozialisten in Europa. Alternativen zur Sozialdemokratie und Kommunistischen Parteien*. Hamburg 1982, S. 149–158, hier S. 155.
- 32/ ZPA, Protokoll Nr. 178 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 30.8.1968.
- 33/ ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, S. 36.
- 34/ ZPA, Protokoll der 31. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 25./26.6.1968, Beilage 6: Schlusswort von Franz Muhri, S. 1.
- 35/ Muhri, Franz: Die politische Lage Österreichs und die Aufgaben der Partei. Bericht des Zentralkomitees der KPÖ, in: Der 21. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, 28. bis 30. Mai 1970, hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien o.J. [1970], S. 19–58, hier S. 41.
- 36/ ZPA, Protokoll der 35. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 21./22.10.1968, Beilage 10: Schlusswort von Franz Muhri, S. 3; ebd. Protokoll der 33. Plenartagung, Beilage 6: Referat von Franz Muhri, S. 36, ebd., Beilage 60: Schlusswort von Franz Muhri, S. 5.
- 37/ ZPA, Zur Okkupation der ČSSR eine Erklärung, 31.8.1968.
- 38/ Fischer, Ernst: Der Atem der Freiheit ist unaufhaltsam, in: *Tagebuch*, September/Oktober 1968, S. 6; Sensationelles Horizonte-Interview: KP-Fischer fordert Bruch mit Moskau, in: *Kronen-Zeitung*, 10.9.1968, S. 11.
- 39/ KPÖ fordert erneut Räumung der ČSSR, in: *Volksstimme*, 14.9.1968, S. 1–2, hier S. 1; ZPA, Protokoll der 35. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 21./22.10.1968, Beilage: Alternativvorschläge des Genossen Marek.
- 40/ KPÖ-Vorsitzender Muhri zum Truppenvertrag, in: *Volksstimme*, 23.10.1968, S. 1–2, hier S. 1.
- 41/ ZPA, Protokoll der 33. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 12.9.1968, S. 2.
- 42/ Die Diskussion auf dem 20. Parteitag, in: *Volksstimme*, 9.1.1969, S. 4.
- 43/ ZPA, Protokoll der 1. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 15./16.1.1969, S. 3.
- 44/ SAPMO, NY 4182, 1286, Vertraulicher Bericht über Lage in der Führung der KPÖ von Robert Dubowsky [sic!], o.D. [Jänner/Februar 1969], Bl. 253–258, hier Bl. 255.
- 45/ Fragen des Sozialismus. Aus dem Referat von Franz Muhri im Zentralkomitee der KPOe, in: *Volksstimme*, 15.9.1968, S. 3–5; Muhri: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei, in: Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 40–75, hier S. 50–53.
- 46/ Vgl. ZPA, Protokoll der 37. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 18./19.12.1968, Beilage: Schlusswort von Franz Muhri, S. 1f.; Kommuniqué über die Besprechungen zwischen den Delegationen der KPdSU und der KPOe, in: *Volksstimme*, 6.12.1968, S. 3.
- 47/ ZPA, Protokoll Nr. 203 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 5.12.1968, S. 1; ebd., Delegiertenmappe 20. Parteitag der KPÖ, Ernst Fischer an die Delegierten des 20. Parteitages der KPÖ, o.D., S. 2.
- 48/ Interview mit Franz Muhri über die Aussprache in Moskau, in: *Volksstimme*, 6.12.1968, S. 3.
- 49/ ZPA, Bericht an das Plenum des ZK der KPÖ vom 18. Dezember 1968 über die Besprechungen zwischen den Delegationen der KPdSU und der KPÖ. Berichtersteller: Gen. A. Rutschitzka (Informationsmaterial für Landes- und Bezirksleitungsmitglieder, hg. vom Zentralkomitee der KPÖ), S. 4–7 und 10.
- 50/ Muhri: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei, in: Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 40–75, hier S. 44.
- 51/ Mißlungenes Experiment?, in: *Tagebuch*, Nr. 5/6, Mai/Juni 1969, S. 20–22, hier S. 20.
- 52/ ZPA, Franz Muhri auf der 8. Plenartagung des ZK der KPÖ am 24. November, in: *Volksstimme*, 26.11.1969, S. 4–7, hier S. 5.
- 53/ Zu den Beschlüssen der KPTsch, in: *Volksstimme*, 19.4.1969, S. 1; ZK der KPÖ zur jüngsten Entwicklung der ČSSR, in: *Volksstimme*, 15.5.1969, S. 3.
- 54/ ZPA, Protokoll der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 12./13.5.1969, Beilage: Redaktionsbeirat des „Tagebuch“ an das Politische Büro des ZK der KPÖ, 22.4.1969.
- 55/ Protokoll der 3. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs 12. und 13. Mai 1969. o.O. [Wien] o.J. [1969], S. 223–226, hier S. 226.
- 56/ ZPA, Protokoll Nr. 43 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ am 13.10.1969; ebd., Protokoll Nr. 51 der Sitzung des Politischen Büros des ZK der KPÖ 14.11.1969.
- 57/ Resolution zum Bericht des Zentralkomitees über die politische Lage und die Aufgaben der Partei, in: Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 508–526, hier S. 511f.
- 58/ Exemplarisch ZPA, Protokoll der 37. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 18./19.12.1968, Beilage: Schlusswort von Franz Muhri, S. 3, 8.
- 59/ Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 499.
- 60/ Fischer, Ernst: Die Alte und die Neue Linke. Notizen zu einer Diskussion, die nicht stattfand, in: *Die Zeit*, 18.7.1969, S. 5; Fünberg, Friedl: Ohne Kommunistische Partei keine Linke in Österreich, in: *Volksstimme*, 12.6.1969, S. 2; Scharf, Erwin: Falsche Auffassungen zurückweisen, in: *Volksstimme*, 1.10.1969, S. 3; Kalt, Hans: Zu ideologischen Problemen der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, Nr. 11/1969, S. 534–542, hier S. 534f.
- 61/ Aus dem Schlußwort des Gen. Muhri, in: *Volksstimme*, 28.11.1969, S. 4–5, hier S. 4.
- 62/ ZPA, Abendjournal (Radio) und „Zeit im Bild“, 7.1.1969 (Abschrift).
- 63/ Beschluß und Begründung der Schiedskommission zum Parteiverfahren gegen Ernst Fischer, in: *Volksstimme*, 30.10.1969, S. 4.
- 64/ ZPA, Brief von Ernst Berger, Franz Heinisch und Theodor Prager [Erklärung der 27], 15.10.1969.
- 65/ Beschluß des Zentralkomitees, in: *Volksstimme*, 30.10.1969, S. 5–6.
- 66/ Protokoll der 7. Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 27. und 28. Oktober 1969. Punkt 2 der Tagesordnung: Beschluß der Schiedskommission über Ernst Fischer. o.O. [Wien] o.J. [1969], S. 84; Erklärung der 27, in: *Volksstimme*, 27.11.1969, S. 4.
- 67/ Franz Muhri auf der 8. Plenartagung des ZK der KPÖ am 24. November, in: *Volksstimme*, 26.11.1969, S. 4–7; Resolution zum Referat Franz Muhris auf der 8. Plenartagung des ZK der KPÖ beantragt von den Genossen Muhri, Fünberg und Lauscher, in: *Volksstimme*, 27.11.1969, S. 3.
- 68/ Antrag des Gen. Zenker, in: *Volksstimme*, 27.11.1969, S. 3; Erklärungen von Mitgliedern des Politischen Büros der KPÖ, in: *Volksstimme*, 28.11.1969, S. 5.
- 69/ Muhri, Franz: Eine notwendige Klarstellung. Zur Rolle des „Wiener Tagebuch“ und der FÖJ, in: *Volksstimme*, 5.8.1970, S. 3.
- 70/ ZPA, Protokoll der 5. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 11.3.1971, Beilage 3: Referat von Erwin Scharf, S. 13; Resolution des ZK der KPÖ zur ČSSR-Frage, in: *Volksstimme*, 13.3.1971, S. 3.
- 71/ Vgl. Muhri: Kein Ende der Geschichte, S. 118f.
- 72/ ZPA, Protokoll der 5. Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ am 11.3.1971, Beilage 3a: Franz Muhri, S. 1.
- 73/ Vgl. Wimmer, Ernst: Neueinschätzung der KPÖ-Beschlüsse zu 1968?, in: *Weg und Ziel*, Nr. 2/1990, S. 46–48, hier S. 48.
- 74/ Scharf, Erwin: Bericht über die ČSSR. Aus dem Referat auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPÖ vom 11. März 1971, in: *Weg und Ziel*, Nr. 4/1971, S. 134–136, hier S. 136.
- 75/ ZPA, Bericht über die Stadtleitungs-Sitzung am 4.5.1970.
- 76/ Muhri, Franz: Die „tschechoslowakischen Ereignisse“ 1968 und die KPÖ, in: *Aufrisse*, Nr. 3/1993, S. 16–19, hier S. 19; ders.: Kein Ende der Geschichte, S. 123.
- 77/ Prag 1968. Stellungnahme der KPÖ, in: *Argument. Informationsblatt der KPÖ*, 24.8.1993, S. 7.

Sittenbilder aus dem Hause Habsburg im Weltkrieg

HANS HAUTMANN

Nicht aufzuhalten ist das Nahen des 12. November 2008 und damit der staatsoffiziellen Festivitäten zum 90. Jahrestag der Gründung der Republik. Sie lassen Schlimmes erahnen. Wieder einmal wird der Kaisersohn Otto – von unseren Machteliten und deren Medien längst schon taxfrei in den Rang des Hauslehrers der österreichischen Zeitgeschichte erhoben – seine Stimme vernehmen lassen, um das verbliebene Österreich-Ungarn als Vorwegnahme der europäischen Einigung und Musterstaat friedlich-gedeihlichen Zusammenlebens der Völker zu preisen.

In Wahrheit haben weder die beherrschten Nationen noch die beherrschten Klassen innerhalb der herrschenden Nationen, allen voran die Arbeiterbewegung, dem Habsburgerreich im November 1918 auch nur eine Träne nachgeweiht. Sie machten spätestens in den vier Weltkriegsjahren die gemeinsame Erfahrung, dass dieses Gebilde sehr wohl wert war, zugrunde zu gehen. Als erkenntnisfördernd erwies sich dabei unter anderem auch das Verhalten der Mitglieder des „Erzhauses“, auf das wir einige Streiflichter werfen wollen. Es handelt sich hier um gänzlich unbekannt und vergessene Tatsachen, deren Enthüllung dazu beitragen mag, ein paar heilsame Desillusionierungseffekte auszulösen. Die Hoffnung soll man ja bekanntlich nie aufgeben, auch wenn es in diesem Fall gegen den mächtigen Strom der Habsburg- und Monarchienostalgie zu schwimmen gilt, die, auf das Erzählen sentimentaler Ammenmärchen zugeschnitten, zusätzlich den Vorteil lukrativer Vermarktung hat.

Der Gehalt Kaiser Karls

Neben dem riesigen Privatbesitz und dem daraus fließenden Füllhorn an Erträgen des Hauses Habsburg-Lothringen für seine Mitglieder hatte der Kaiser auch Anspruch auf die „Zivilliste“, eine Art Gehalt in der Eigenschaft als Staatsoberhaupt. Die Höhe wurde in mehrjährigen Abständen per Gesetz festgelegt und von beiden Reichshälften zu gleichen Anteilen budgetiert¹, d.h. aus den Steuergeldern der Völker gespeist. Kaiser Karl empfing für sich und seine Hofhaltung 1917/18 ein Jahresgehalt von jeweils 25,7 Millionen Kronen. Als er den Armeoberbefehl übernahm, ließ er sich

überdies als jährliche „Löhnung“ 1,5 Millionen Kr. ausbezahlen.² Verglichen damit war sogar der Gehalt des österreichischen Ministerpräsidenten bescheiden. Er erhielt im Jahr 24.000 Kr. nebst einer Funktionszulage von 28.000 Kr., insgesamt 52.000 Kr. Ein mittlerer Beamter verdiente zwischen 4.800 und 6.400 Kr. im Jahr³, ein Schlosser brutto, vor Abzug der Steuern und Versicherungsbeiträge, 1917 jährlich 3.840 Kr., ein Bäcker 2.688 Kr. und eine Hilfsarbeiterin in einem Rüstungsbetrieb brutto 816 Kr.⁴ Das Taggeld eines einfachen Soldaten der kaiserlichen Armee im Ersten Weltkrieg belief sich auf 36 Heller. Er hätte dafür 900 Jahre ununterbrochen dienen und kämpfen müssen, nur um das *Monatssalar* Kaiser Karls als Armeekommandant in der Höhe von 125.000 Kr. erreichen zu können.⁵

Man soll ja nicht neidig sein, sagt man gern, und besonders gern sagen das die Spitzenverdiener alias „Leistungsträger“, jene, die laut eigenem Selbstbild in rastloser Verantwortung für das Wohl ihrer „Mitarbeiter“ tätig sind. Aber selbst die können angesichts der Schere, die zwischen dem Einkommen des Herrschers und den Durchschnittsverdiensten der Masse der Bevölkerung in der Zeit der Monarchie klappte, heute vor Neid nur seufzen.

Wer benötigt Unterstützung?

Als die Erzherzöge in der uralten Tradition der adeligen „Schwertträger“ ihre Kriegsdienstpflicht erfüllten und als Truppenbefehlshaber (regelmäßig in die sichere Etappe) einrückten – wofür sie zusätzlich Gagen, Feldzulagen usw. kassierten –, versäumten es die weiblichen Mitglieder des Kaiserhauses nicht, nach den Bestimmungen der Gebührenvorschriften für Offiziersfrauen monatliche Unterstützungsbeiträge und vierteljährliche Quartierbeihilfen zu beanspruchen. Zita, die Gattin Karls, bezog von 1914 bis zum Krönungstag des Thronfolgers Ende 1916 an Unterstützungen und Quartierbeihilfen 15.505 Kr. Als Wohnadresse gab sie die Hofburg und Schönbrunn an, wo es an Komfort nun denn doch nicht so fehlte, um auf Letztere angewiesen zu sein.

Erzherzogin Augusta, Gattin des Erzherzogs Josef, bezog 73.943 Kr.; Erzherzogin Isabella, Gattin des Erzher-

zogs Friedrich, 30.837 Kr.; Erzherzogin Maria Christine, Gattin des Erzherzogs Peter Ferdinand, 22.692 Kr.; und Erzherzogin Blanka, Gattin des Erzherzogs Leopold Salvator, 3.734 Kr.⁶

In dem Fall – ganz konträr zu ihren sonstigen Standpunkten gegenüber Zumutungen demokratischer Nivellierung – lautete also die Parole der Habsburger: „gleiches Recht für alle“ und „nur nichts verschenken“.

Fluchtgelder

Dem Geld, speziell ihrem eigenen, und dem, von dem sie glaubten, dass es ihnen als dynastischen Machtträgern zustehe, widmeten die allerhöchsten Herrschaften überhaupt nimmermüde Aufmerksamkeit.

Als Ende Oktober 1918 die Revolution bereits an die Tür pochte, wies das Wiener Obersthofmeisteramt die Österreichisch-Ungarische Bank an, jeder erzherzoglichen Familie 1,5 Millionen Schweizer Franken (umgerechnet 4,5 Millionen Kronen) für die Eventualität der erzwungenen Flucht ins Ausland bereit zu stellen.⁷ Die enormen Beträge wurden tatsächlich flüssig gemacht. Einen ereilte bei der Mitnahme jedoch ein peinliches Missgeschick. Der Linzer Soldatenrat führte am 30. April 1919 auf dem Bahnhof in Wels eine Kontrolle durch und hielt den auf der Fahrt in die Schweiz begriffenen, nunmehr ehemaligen Erzherzog Eugen an. Man fand bei ihm außer österreichischem und Schweizer Bargeld 670.000 Kr. in Wertpapieren.⁸ Zum Vergleich: ein Volkswehr angehöriger erhielt damals einen täglichen Sold von sieben Kronen. Vom Soldatenrat beschlagnahmt und der Finanzlandesdirektion Linz übergeben, setzte sich nun aber der personell unverändert in die Republik übergeleitete Beamtenapparat in Bewegung und stellte fest, dass alles „rechtmäßig“ sei und weder ein Verstoß gegen die Devisenbestimmungen noch gegen die einschlägigen Steuergesetze vorliege. Wiewohl bei dem Entscheid die Hühner lachten, bekam Eugen Geld und Papiere zurück und verschwand in die Schweiz.⁹

So ändern sich die Zeiten. Heute bewerkstelligen das die Finanztransakteure großen Stils bei krummen Geschäften diskreter. Fürst Hans-Adam, Schirmherr der Banken in Liechtenstein, kann darüber Auskunft geben.

Eine Ernennung

Am 29. Jänner 1917 richtete Kaiser Karl aus seinem Armeehauptquartier in Baden an Zita folgendes Handschreiben:

„Liebe Frau Gemahlin!

Die warme Anteilnahme, die Eure Majestät meiner braven Wehrmacht, ihren Kämpfen und Siegen, Freuden und Leiden entgegenbringen, veranlasst mich, Eure Majestät, die mir als echte Soldatenfrau in den schweren Zeiten dieses Krieges in vorbildlicher Weise zur Seite steht, auch äußerlich meinen wackeren Kriegseleuten näherzubringen. Ich ernenne daher Eure Majestät zur *Oberstinhaberin* meines bewährten *Husarenregiments Nr. 16*. Alle meine tapferen Truppen mögen in Eurer Majestät Ernennung einen neuen Beweis meiner dankbaren Wohlgenügendheit erblicken und wie bisher standhaft aushalten im Vertrauen auf den Allmächtigen und unsere gerechte Sache.“¹⁰

Nur symbolisch, werden die Monarchisten sagen, und ein bloßer Titel ohne Mittel. Oder vielleicht doch nicht? Jedenfalls muss man das durchaus positiv sehen: Die Habsburger als Vorreiter der Gleichberechtigung der Frau in reinen Männerberufen, noch dazu entschlossen umgesetzt bei Überspringen sämtlicher Karrierestufen direkt in die höchste Führungsposition. Warten wir ab, bis das in unserem Zeitalter der Frauenemanzipation der ersten Bundesheersoldatin gelingt. Zur Fristverkürzung ist ein Stoßgebet an den in den Kanon der Seligen aufgenommenen Ex-Herrscher in Erwägung zu ziehen.

Monarchen sind schließlich doch auch Kollegen

Unter dem Eindruck des Sieges der Oktoberrevolution in Russland sandte Kaiser Karl im Februar 1918 an den rumänischen König Ferdinand einen Brief, in dem er „mit herzlichen Worten auf die großen Gefahren“ aufmerksam machte, „die aus der über den *Osten hereinbrechenden sozialistischen Welle* für alle monarchischen Staatswesen hervorgehen.“ Er schilderte die düsteren Perspektiven, die „bei Ausbreitung des Bolschewikismus (sic!) über die russische Grenze für Österreich-Ungarn“ entstünden und die „in gleicher Weise das rumänische Königshaus bedrohen“ würden. Deshalb trat Karl Habsburg dafür ein, dass sich der rumänische König mit ihm und anderen Monarchen Europas zum „*Kampfe gegen die Anarchie*“ vereinige, und schloss mit den Worten: „Dies ist eine Zeit, in der die Könige zusammenstehen müssen.“¹¹



Das Kaiserpaar – Karl und Zita – 1918 in Pressburg.

Dass das Haus Habsburg immer schon antikommunistisch eingestellt war, ist nichts Neues und eine Haltung, die Otto auch heute unseren Eliten – quer durch das politische Spektrum, bis hin zur SPÖ – grundsätzlich sympathisch macht. Das Pikante an der Sache bestand darin, dass Ferdinand, ein Spross des 1866 nach Rumänien exportierten deutschen Adelsgeschlechts Hohenzollern-Sigmaringen, im Feindeslager der Entente stand und ihm Karl für den Fall des Frontwechsels die Unterstützung Österreich-Ungarns und Deutschlands bei „der Wahrung seines Thrones“ versprach¹² – was in Berlin, da mit dem Bündnispartner nicht akkordiert, für leichte Verwunderung sorgte.

Alles in allem haben wir hier aber ein schönes Beispiel vor uns, wie Herrschende, oft genug untereinander in Konkurrenzkämpfe, Raubzüge und „feindliche Übernahmen“ verstrickt, bei einer wirklich existenziellen Bedrohung ihrer Machtgrundlagen klasseninstinktsicher die Differenzen beilegen und sich auf ihre übergreifenden Interessen besinnen.

Aus Kaiser Karls Phrasenschatz

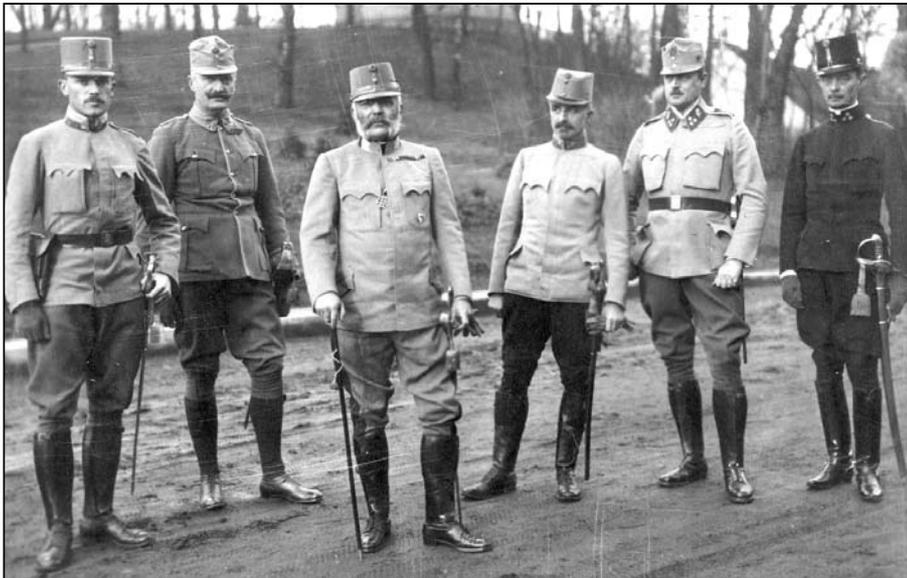
In den „Letzten Tagen der Menschheit“ lässt Karl Kraus den „allerhöchsten Kriegsherrn“ folgendermaßen auftreten (wir bringen im Zitat nur die Szenenbeschreibungen):

„Nach der Winteroffensive auf den Sieben Gemeinden. Exerzierplatz in der Etappe. Die Überreste eines Regiments, jeder Mann zu einem Skelett abgemagert. Mit den zerfetzten Monturen, dem zerrissenen Schuhwerk und der verdreckten Unterwäsche ist es auf den ersten Anschein ein Haufe kranker und zerlumpter

Bettler. Sie erheben sich müde, üben Gewehrgriffe und machen Salutierübungen. (...) / Automobile kommen. Dickleibige Gestalten entsteigen ihnen, darunter eine schwächere, in dichtes Pelzwerk gehüllt, mit großen Ohrenwärmern. Man sieht kaum mehr als zwei Wülste von Lippen. (...) / Man hört nun, von Mann zu Mann, von Zug zu Zug, in einem regelmäßigen Abstand von fünf Sekunden entweder ‚Aha! Sehr schön!‘ oder ‚Aha! Sehr gut!‘ oder ‚Aha. Sehr brav!‘ oder ‚Aha! Nur so weiter!‘ Es dauert zwei Stunden. Verabschiedung von den Offizieren. Die Automobile fahren ab.“¹³

Nicht viel bessere Floskeln hatte Kaiser Karl parat, als er auf Initiative seiner Propagandaberater im März 1918 die Hungergebiete im nordböhmischen Sudetenland besuchte, um „Anteilnahme“ zu bekunden. Auf die Klagen der Betroffenen folgten Antworten wie: „Es ist entsetzlich! Seien Sie versichert, es wird das Möglichste geschehen“; „Ein baldiger Friede ist auch mein Wunsch“; „Das ist schrecklich, das wird sofort abgeschafft werden“; „Ich weiß die schweren Opfer zu würdigen, die die Bergarbeiter im Kriege gebracht haben, und seien Sie überzeugt, dass mir sehr viel daran liegt, ihr Los zu verbessern“; „Sie können überzeugt sein, ich werde mein Möglichstes tun, um beizutragen, dass dem armen Volke geholfen wird“; „Die Zeiten sind schwer, doch wir wollen hoffen, dass mit des Allmächtigen Hilfe sich die Zukunft für meine Völker bald freundlicher gestalten möge“.¹⁴

Kennen wir, kennen wir. Wir brauchen nur Politiker zu beobachten, wenn sie beispielsweise im Wahlkampf das „Bad



Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich mit seinem Stab 1914.

in der Menge“ nehmen. Wünschen und Beschwerden, neuerdings „Sudern“ genannt, begegnen sie mit den von ihren „Spindoktoren“ eingepackten Redewendungen, die so wie weiland 1918 bei Kaiser Karl regelmäßig folgenlos bleiben.

Festmahl in Fucine

Weil wir schon bei Karl Kraus sind: Eine der grandiosesten Szenen in den „Letzten Tagen der Menschheit“ heißt „Liebesmahl bei einem Korpskommando“ (V. Akt, 55. Szene). Er griff hier aus dem vollen Leben der Herrschenden, die sich, derweil das gemeine Volk und die Soldaten hungerten, an leiblichen Genüssen nichts abgehen ließen.

Im September 1916 inspizierte der Armeeoberkommandant Erzherzog Friedrich einen Frontabschnitt in Südtirol. Für ihn wurde in der Offiziersmesse in Fucine bei Rovereto folgendes Bankett laut erhalten gebliebener Speisekarte gegeben: „Kraftbrühe nach Prinzessinnenart; Feinschmecker-Seehecht, kalt; Marschall-Lungenbraten; heurige Hühnchen, gebraten; Mayonnaisesalat; Kompott; Überraschungs-Omelette; gemischtes Obst; verschiedene Käse; Kaffee.“

An Getränken wurde, nach der Reihenfolge der Speisen geordnet, kredenzt: „Pilsener Bier; Wermut; Burgunder; Haslacher 1912; Benediktiner; Offensivgeist (?); Weichselgeist.“

Eine eigens aus Innsbruck herbeigeschaffte Militärkapelle begleitete das Kriegsfestessen mit folgenden Stücken: „Erzherzog Friedrich-Marsch; Erzherzogin Zita-Walzer (!); Der Alpensohn (Männerchor); Phantasie aus der Oper ‚Freischütz‘; ‚Aisha‘-Intermezzo (?); Gebet vor der Schlacht (Männerchor); Wiener Bilder (Potpourri); Siegesklän-

ge (Marsch); Gruß aus dem Oberinntal; Radetzky-Marsch.“¹⁵

Gerne würden wir Heutigen in dem Zusammenhang wissen, wie der „Offensivgeist“ geschmeckt und der „Erzherzogin Zita-Walzer“ geklungen hat. Auch die Kenntnis davon, welche Gespräche auf welchem Niveau bei dem Gelage geführt wurden, müsste uns packende Einblicke in die intellektuelle Beschaffenheit der allerhöchsten Herrschaften vermitteln. Schade. Mit Vorstellungsvermögen ist es aber durchaus nachvollziehbar, wie das Karl Kraus in der „Liebesmahl“-Szene demonstriert hat. Genau so waren sie, für die der Ausruf gilt: „Und so etwas hat uns einmal regiert!“ (Passend auch für unsere Nachfahren gegenüber der österreichischen Gegenwart.)

Hofknickse im Kriegsspital

Scharenweise reichten sich 1914 die hochadeligen Gattinnen und Töchter in die Pflege-, Wohltätigkeits- und Fürsorgefront ein, um ihren speziellen Beitrag „in dieser großen Zeit“ zu leisten. Das kommt immer gut an, denn wer ist heutzutage in punkto Renommee unerreichter und hat mehr Publicity als die diversen „Charity-Ladies“, „Licht ins Dunkel“- und „Life-Ball“-Veranstalter? Die Spenden für ihre edlen Zwecke sprudeln reichlich, besonders von Seiten der Firmen und Geldleute, die auf die Weise ihr schlechtes Gewissen beruhigen können.

Betrachten wir das Ergebnis, wenn weibliche Mitglieder des Kaiserhauses ein solches Bedürfnis verspürten. Erzherzogin Augusta, Gattin des Erzherzogs Josef, folgte im Herbst 1918 – spät, aber doch – ihrem Mann ins Feld (der zu dem Zeitpunkt Heeresgruppenkommandant an der italienischen Front war), um der Auf-

gabe der Verwundetenpflege zu obliegen. Für sie wurde auf ärarische Kosten und unter Verwendung von Soldaten eine eigene Villa adaptiert und vollständig neu eingerichtet. Noch bevor die hohe Frau am 17. Oktober 1918 im Festungsspital in Trient Einzug hielt, musste die tüchtige Oberschwester, weil sie bürgerlicher Herkunft war, einer Baronin weichen. Diese hatte nichts Besseres zu tun, als den Krankenschwestern den Hofknicks lernen zu lassen. Weiters wurden die Krankenträger und Soldaten angewiesen, beim Erscheinen Augustas in den Gängen des Spitals „Front“ zu machen. „So kam es, dass Verwundete, die soeben auf der Tragbahre aus dem Operationsaal getragen wurden, sehr unsanft mit der Tragbahre zu Boden gestellt werden mussten.“¹⁶ Augusta gelang es, den Spitalsbetrieb derart durcheinander zu bringen, dass man aufatmete, als sie ihre tägliche Anwesenheit in den Krankenzimmern auf eine halbe Stunde reduzierte. Nach nur einer Woche als Pflegerin reiste sie wieder ab, um nicht mit der spanischen Grippe in Berührung zu kommen.¹⁷ Wenigstens das war von Erfolg gekrönt, denn Augusta starb hochbetagt, im Alter von 89 Jahren, 1964 in Regensburg.¹⁸

Heublumen und Heiligenbilder

Noch fataler war das Wirken der Erzherzogin Blanka, Gemahlin des Erzherzogs Leopold Salvator. Sie erkor das Reservespital in der Kirchstetterngasse 38 in Wien-Ottakring zum Ort ihrer Wohltätigkeit. Als strikte Verfechterin von „Naturheilmethoden“ pfuschte sie den Ärzten ins Handwerk und verlangte als Universalmittel gegen alle Leiden die Behandlung mit heißen Heublumenschlägen.¹⁹ Männerstolz vor Fürstenthronen war damals ja schon gar nicht jedermanns Sache, und so geschah es, dass sich die Ärzte, sei es aus Ehrerbietung, sei es aus Feigheit, dem Humbug beugten – auch im Wissen, damit den Tod von Patienten wegen wirkungsloser Therapie zu riskieren oder gar herbeizuführen. Bei ihren Krankenbesuchen brachte Blanka übrigens prinzipiell nie Lebensmittel mit, sondern stets nur Rosenkränze, Heiligenbilder und Fliedersträußchen.²⁰ Ein stiller Fluch nebst nachträglich gemurmeltem Götz-Zitat wird ihr seitens der Beschenkten gewiss gewesen sein.

Der „Dörrgemüse-Salvator“

Blanka mehr als würdig war ihr Ehemann, Erzherzog Leopold Salvator. Seine Güter- und Fabrikdirektion in Jistebnitz bei Tabor in Böhmen lieferte für den

Heeresbedarf an das Kriegsministerium von 1914 bis 1918 11,3 Millionen Kilogramm Dörrgemüse zum Preis von 84,6 Millionen Kronen.²¹ Dörrgemüse, ein durch (natürliche oder künstliche) Trocknung von Zwiebeln, Kraut, Fisolen, Rüben etc. hergestelltes Produkt, war eines der Hauptnahrungsmittel der einfachen Soldaten der k.u.k. Armee, die sich später nur mit Schauern an den Fraß erinnerten. Leopold Salvator hatte hier faktisch das Monopol und diktierte, wie bei Monopolen im Kapitalismus üblich, den Preis. Da Monopolpreise selten unter dem Wert liegen – nur dann, wenn es durch Dumping lästige Konkurrenten in den Bankrott zu treiben gilt –, sondern regelmäßig darüber, strich der Erzherzog rund 20 Millionen Kronen als Nettoprofit ein.²² Er gehörte damit zur Kategorie der „Kriegsgewinnler“, sprich jener, die die Volksmassen in großem Stil begaunerten.

Gemeinsam mit seiner Frau Blanka setzte sich Leopold Salvator Ende 1918 rechtzeitig nach Spanien ab, kehrte 1930 nach Wien zurück und starb hier im Jahr darauf. Begraben liegt er in der Kapuzinergruft.²³ Pietätlos, wie wir sind, schlagen wir das Anbringen einer Zusatztafel an seinem Sarg vor, auf der diese Weltkriegs-Heldentat verzeichnet ist.

Crux mit der Ebenbürtigkeit bis zuletzt

Welche Sorgen die Hoheiten selbst noch wenige Wochen vor dem Verschwinden der Monarchie quälten, erhellt folgender Vorfall. Das Kriegsministerium erließ am 5. Oktober 1918 an alle Kommanden den Befehl, „wonach denjenigen durchlauchtigsten Frauen Erzherzoginnen, die Ehen mit nichtsouveränen Häusern eingehen, die für kaiserliche und königliche Hoheiten vorgeschriebenen Ehrenbezeichnungen *nicht gebühren*, zur Danachachtung in Erinnerung zu bringen und zu verlautbaren, dass von diesen Erlassbestimmungen dermalen betroffen werden...“²⁴

Schön gesagt. Es folgten die Namen der solcherart Herabgestuften: eine Fürstin von Hohenlohe-Bartenstein, eine Fürstin von Thurn und Taxis, eine Fürstin von Windischgrätz sowie Damen aus weiteren vier Adelsfamilien. Der Erlass setzte fort: „Hingegen gebühren (...) die vorgeschriebenen Ehrenbezeichnungen jenen durchlauchtigsten Frauen Erzherzoginnen, die eine Ehe mit einem Mitglied eines *christlichen gegenwärtig oder vormalig souveränen Hauses* eingegangen sind. Demgemäß kommen auch ihren k.u.k. Hoheiten Maria Anna von Bourbon, Prinzessin

von Parma und Karoline Maria Immaculata Prinzessin von Sachsen-Koburg und Gotha gebornen Erzherzoginnen von Österreich und königlichen Prinzessinnen von Ungarn etc. die einer k.u.k. Hoheit gebührenden Ehrenbezeichnungen zu.“²⁵

Hier zeigt sich immerhin doch, dass das Mühlrad der Geschichte sich dreht, denn wenigstens bei *dem* kann ein Bogen zur Jetztzeit nicht geschlagen werden.

Kaiserliche Hoheit lässt schießen

Erzherzog Josef Ferdinand, General der Infanterie, war während der Winterschlacht in den Karpaten 1914/15 Kommandant der 4. Armee. In dem tief verschneiten Gebirgsgelände herrschten bei grimmigem Frost für die Soldaten in den Schützenlöchern entsetzliche Bedingungen. Als das 7. Korps vor den Angriffen der Russen zu weichen drohte, befahl Josef Ferdinand, die Standhaftigkeit durch Maschinengewehrfeuer von hinten auf die eigene Truppe zu erzwingen. Am 28. Dezember 1914 musste er dennoch das Aufgeben einer Stellung bei dem Dorf Bartiwiek an das Armeeoberkommando melden und erläuterte das folgendermaßen:

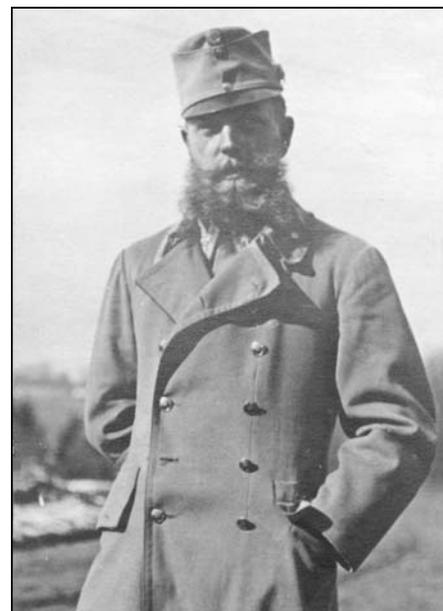
„Ich füge bei, dass auch das *Feuer von rückwärts* die Truppen nicht abhielt, ihre Stellungen zu verlassen, sobald der Feind schärfer einsetzte, und dass Leute in der Front *aus vollster Erschöpfung Selbstmord begingen*. Mit dem heute begonnenen Rückmarsch kann eine Retablierungsperiode eingeleitet werden, in der Verstärkungen eintreffen und die Truppe *wieder diszipliniert* werden kann.“²⁶

So sahen sie also aus, die von der schwarzgelben Kriegspropaganda angehimmelten „Soldatenväter“ des Hauses Habsburg. Die Republik Österreich begnügte sich mit Josef Ferdinands Verzichtserklärung und ließ ihn unbehelligt. Er starb 1942 in Wien.²⁷

„Anbinden“ und „Schließen in Spangen“

Was im Ersten Weltkrieg in sonst keiner der beteiligten Streitkräfte mehr möglich war, wurde in der kaiserlichen Armee nach wie vor praktiziert: die Leibesstrafe auch bei leichten Disziplinarvergehen, etwa wenn man sein „Essgeschirr nicht in Ordnung gehalten“ hatte. Sie reichte von fünf bis fünfundzwanzig Stockhieben auf das Gesäß bis zum „Anbinden“ und „Schließen in Spangen“.

Das „Anbinden“ sah so aus: Der Delinquent wurde mit einem langen Strick, den man mehrmals straff um seinen Körper schlang, für *zwei Stunden* an einen Baum gebunden, in verschärfter



General der Infanterie Erzherzog Josef Ferdinand 1915.

Form so, dass er in der Luft hing und das ganze Gewicht auf der Fesselung lastete. Beim „Schließen in Spangen“ als einer Verschärfung der Arreststrafe wurde „um den linken Fußknöchel und um das rechte Handgelenk ein ziemlich enger Eisengürtel“ gelegt, dergestalt, dass beide Gürtel „bloß durch eine wenige Zentimeter lange Stange miteinander verbunden waren. Der so gefesselte Soldat musste also die rechte Hand *sechs Stunden* beim linken Fuß halten und hocken, ohne sich bewegen zu können.“²⁸

Als Anfang 1917 die Klassenkämpfe der Arbeiter aufflammten und das Herrschaftsgefüge ins Wanken geriet, entdeckte man plötzlich, dass Körperstrafen nicht mehr notwendig seien. Kaiser Karl ordnete im März bzw. Juni 1917 an, das „Anbinden“ und „Schließen in Spangen“ aus dem Dienstreglement zu streichen²⁹, was als Ausfluss seiner grenzenlosen Güte von der Habsburg-treuen Presse groß hinausposaunt wurde.

Von Dauer blieb diese Humanitätswandlung nicht. Am Vorabend der letzten und kläglich gescheiterten Offensive des österreichisch-ungarischen Heeres am Piave, am 13. Juni 1918, verkündete der Kommandant der 6. Armee, Generaloberst Erzherzog Josef (uns schon bekannt als Gemahl der Augusta), dass „zum Schutz der Disziplin“ als „außerordentliche und vorübergehende Maßnahme“ die Strafe des sechsstündigen Schließens in Spangen und des zweistündigen Anbindens bewilligt sei.³⁰

Auf die Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten Volkert und Forstner am 17. Juli 1918, in der sie die unverzügliche und restlose Beseitigung

der beiden Strafen verlangten, gab der Minister keine Antwort. Am 22. Oktober 1918 fragte der Abgeordnete Otto Glöckel erneut bei Kriegsminister Stöger-Steiner an, warum andere Armeen „ohne diese rohe, unmenschliche Strafe ihr Auslangen“ fänden, und ob es sich bei dem Erlass „um eine Auflehnung gegen den Kaiser“ handle.³¹ Infolge Auflösung des „vorbildlichen Rechtsstaates“³² kam der Herr Minister wieder nicht dazu, eine Antwort zu geben.

Die Sozialdemokratie einst und jetzt

Unsere Schilderung hat gezeigt, dass es so gut wie ausschließlich die österreichische Sozialdemokratie war, die diese Dinge 1918/19, und vereinzelt auch danach, in ihrem Parteiorgan und weiteren Publikationen aufdeckte.³³ Diese kritische bis ablehnende Haltung gegenüber dem einstigen Herrscherhaus, juristisch umgesetzt in dem nach wie vor zu unserem Verfassungsbestand zählenden Habsburgergesetz vom 3. April 1919³⁴ und bis zur Mitte der 1960er Jahre anhaltend, ist ihr hoch anzurechnen.

Wir haben hier nur einige Facetten aus dem reichlich vorhandenen Material gebracht. In Wirklichkeit war alles noch viel ärger, denn was in Österreich im 1. Weltkrieg beispielsweise den „politisch unverlässlichen“ Völkerschaften angetan wurde, kann getrost als Präludium für die Verbrechen faschistischer Diktaturen im Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden. Darüber wird der Autor in nicht zu ferner Zukunft eine eigene Monographie vorlegen. Wann aber gibt es endlich eine satt dotierte Forschungsförderung für ein Team junger Historikerinnen und Historiker, um *diese* Leichen aus dem Keller unserer Vergangenheit auszugraben? Und zwar freiwillig gegeben, von oben, als Ausdruck der Schuldigkeit gegenüber den Opfern, die unser *eigenes* monarchisches Regime auf dem Gewissen hat?

Geschichtsbewusstsein beruht auf Kenntnissen, gewonnen aus Quellenstudien. So altmodisch sind wir mit dieser Ansicht in einer Situation, in der das Fach Zeitgeschichte fast nur mehr aus „Diskursanalysen“ und Auseinandersetzungen um die „Narrative“ zu bestehen scheint. Wenn SPÖ-Spitzenpolitiker – subjektiv sicherlich zu recht – sagen können: „Davon haben wir noch nie etwas gehört“, dann stellt das ihrem und dem in unserem Land insgesamt gepflogenen Geschichtsbild kein schmeichelhaftes Zeugnis aus. Denn früher einmal wussten sie sehr wohl Bescheid, obwohl

sie auch damals schon von der akademischen Geschichtsschreibung im Stich gelassen wurden, die darüber beflissen den Mantel des Schweigens ausbreitete.

Argumente wie: „Das liegt doch alles schon weit zurück“, „Wozu das aufwärmen?“ und „Spielt heute doch überhaupt keine Rolle mehr“ sind ebenfalls verfehlt, denn Tatsachen und Wahrheiten bleiben über die Zeiten hinweg Tatsachen und Wahrheiten, die uns früher oder später einholen. Mehr Distanz und ein größeres Maß an Reserviertheit würden daher den Repräsentanten eines Staates, der *Republik* heißt, gegenüber Leuten gut anstehen, deren Profession nach wie vor die geschichtsfälscherische Verklärung des Habsburgerreiches und seiner Dynastie ist. Und denen, die uns mit solchen Büchern beglücken, ohne auch nur ein Wort über die monströsen staatsverbrecherischen Handlungen der Herrschenden im Ersten Weltkrieg zu verlieren, tut man die Hälfte zuviel der Ehre an, wenn man sie Halbignoranten nennt.

Anmerkungen:

- 1/ Ernst Mischler/Josef Ulbrich (Hg.), Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen Rechtes, 2. Auflage, Dritter Band, Wien 1907, S. 409.
- 2/ Der teure Kaiser = Aufklärungsschriften, Nr. 3, Wien 1919, S. 4. Diese anonym erschienene Broschüre, die geheime Dokumente der Hofhaltung verwertete, wurde von der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben.
- 3/ Siehe die Tabelle der Rangordnung und Bezüge der k.k. österreichischen Staatsbeamten in: Hickmanns geographisch-statistischer Taschen-Atlas von Österreich-Ungarn, 3. Aufl., Wien-Leipzig o.J. (1909), S. 91f.
- 4/ Wilhelm Winkler, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges = Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Österreichische und ungarische Serie, Wien 1930, S. 141. Die hier angegebenen Wochenlöhne sind auf Jahreseinkommen hochgerechnet.
- 5/ Der teure Kaiser, a.a.O., S. 5.
- 6/ *Arbeiter-Zeitung*, 20.12.1918, S. 6.; Der teure Kaiser, a.a.O., S. 5.
- 7/ *Arbeiter-Zeitung*, 1.12.1918, S. 4.
- 8/ *Arbeiter-Zeitung*, 1.5.1919, S. 6.
- 9/ Ebenda.
- 10/ *Arbeiter-Zeitung*, 1.2.1917, S. 5. Hervorhebungen H.H.
- 11/ *Arbeiter-Zeitung*, 24.7.1918, S. 2. Hervorhebungen H.H.
- 12/ Ebenda.
- 13/ Da die „Letzten Tage der Menschheit“ in mehreren Editionen vorliegen, ist die Seitenangabe wenig sinnvoll. Es handelt sich um die

37. Szene des V. Akts.

- 14/ *Arbeiter-Zeitung*, 28.3.1918, S. 6.; 29.3.1918, S. 6f.; 9.4.1918, S. 5f.
- 15/ *Arbeiter-Zeitung*, 11.1.1919, S. 4.
- 16/ *Arbeiter-Zeitung*, 22.11.1918, S. 5.
- 17/ Ebenda.
- 18/ Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon. Hg. von Brigitte Hamann, Wien 1988, S. 63.
- 19/ *Arbeiter-Zeitung*, 28.1.1919, S. 6.
- 20/ Ebenda.
- 21/ *Arbeiter-Zeitung*, 31.12.1918, S. 4.
- 22/ *Arbeiter-Zeitung*, 23.1.1919, S. 5.
- 23/ Die Habsburger, a.a.O., S. 261f.
- 24/ *Arbeiter-Zeitung*, 20.10.1918, S. 5. Hervorhebungen H.H.
- 25/ Ebenda. Hervorhebung H.H.
- 26/ *Arbeiter-Zeitung*, 23.1.1919, S. 1f. Hervorhebungen H.H.
- 27/ Die Habsburger, a.a.O., S. 194.
- 28/ *Arbeiter-Zeitung*, 1.7.1917, S. 7. Hervorhebung H.H.
- 29/ *Arbeiter-Zeitung*, 6.3.1917, S. 5; 1.7.1917, S. 8.
- 30/ *Arbeiter-Zeitung*, 9.2.1920, S. 3.
- 31/ Die Stunde der Rache. Ein Wort an die Soldaten = Aufklärungsschriften, Nr. 6, Wien 1919, S. 8. Auch diese anonym erschienene Broschüre wurde von der Sozialdemokratischen Partei herausgegeben.
- 32/ So bezeichnet von dem damaligen Ordinarius für österreichische Geschichte an der Universität Wien, Adam Wandruszka (von Wanstätten), im Vorwort zum 2. Band des Werkes „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“ (Verwaltung und Rechtswesen), Wien 1975, S. XVIII.
- 33/ Eine solche Schrift zur Rolle des Herrscherhauses in der österreichischen Geschichte insgesamt ist: Gustav Pollatschek, Habsburger-Legenden, Wien 1927. Eine weitere vernichtende Anklage enthält der anlässlich des 10. Jahrestages des Kriegsausbruchs erschienene Artikel „Der Weltrekord an Kriegsbarbarei“ in der *Arbeiter-Zeitung* vom 27. Juli 1924.
- 34/ Als Staatskanzler Karl Renner am 27. März 1919 vor der Nationalversammlung die Landesverweisung und Beschlagnahme des Vermögens der Habsburger begründete, nannte er sie ein „Werk der Sühne.“ Siehe: *Arbeiter-Zeitung*, 28.3.1919, S. 3. Im Motivenbericht der deutsch-österreichischen Nationalversammlung zur Landesverweisung stand zu lesen: „Die Anwesenheit des ehemaligen Monarchen sowie der Mitglieder seines Hauses bedeutet eine dauernde Gefährdung der Republik, da diese Personen immer wieder der Mittelpunkt von reaktionären, monarchistischen Bestrebungen werden können.“ Siehe: Hans Kelsen (Hg.), Die Verfassungsgesetze der Republik Deutsch-Österreich, III. Teil, Wien-Leipzig 1919, S. 164. Zum Habsburgergesetz und seinen Ursachen und Folgen hat der Autor schon vor längerer Zeit einen Artikel verfasst: Hans Hautmann, Über das republikanische Prinzip der Bundesverfassung, in: *Weg und Ziel*, 48. Jg., Nr. 11, Wien, November 1990, S. 452ff.

Heinz Fischer empfängt Otto Habsburg

Randbemerkungen zum historischen Zusammenhang

GERHARD OBERKOFER

Otto von Habsburg sorgt für Eklat in Wien“ – so titelt die Österreich nicht immer freundlich gesinnte *Neue Zürcher Zeitung* am 12. März 2008 auf der Frontseite ihrer internationalen Ausgabe einen Leitartikel. Anlass dazu bot jene Festrede des 95-jährigen Habsburg am 10. März 2008 im überfüllten Reichsratssaal des Parlaments, die sich ÖVP-Chef und Vizekanzler Wilhelm Molterer, ÖVP-Klubobmann und Bundeskanzler a. D. Wolfgang Schüssel, die Abgeordneten der ÖVP-Parlamentsfraktion und zahlreiche ÖVP-Spitzen zum 70-Jahr-Gedenken der Okkupation Österreichs durch Hitlerdeutschland gewünscht haben. Die NZZ schreibt: „Die zusätzlich in einen Nebenraum übertragene Rede Habsburgs wurde mehrmals von tosendem Applaus und sogar Jubelrufen unterbrochen. Am Ende gab es für Habsburg stehenden Beifall.“ Habsburg hat die Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943, in der auch von einer Mitverantwortung Österreichs an den Naziverbrechen die Rede ist, als Heuchelei und „eigentlichen Skandal“ bezeichnet und die Massenveranstaltung am Heldenplatz im März 1938 als Rummel und mit einem Fußballmatsch verglichen. Österreich sei wie kein anderer Staat in Europa berechtigt, sich als Opfer zu bezeichnen. Exbundeskanzler Schüssel schwächte diese historische Reminiszenz von Habsburg ein bisschen ab, Österreicher seien „leider auch Täter geworden“ und die Massen am Heldenplatz seien nicht ganz so harmlos wie bei einem Fußballmatsch. Die Wiener Sozialdemokratie beschloss über Habsburgs Rede empört zu sein, mobilisierte ihren Verteidigungsminister Norbert Darabos und ließ durch ihn für das Salzamt deklarieren¹, Habsburgs Ausführungen seien ein „veritabler demokratiepolitischer Skandal“, er fordere eine Distanzierung der ÖVP von diesen Aussagen.

„Die Arbeiter in Wien sind ganz gegen jeden Anschluß“

Habsburg hat sich über die Annexion Österreichs durch Deutschland konträr zur politisch korrekten Haltung der Gegenwart und der daraus abzuleitenden modischen Geschichtsauffassung geäußert, was noch gar nichts heißen muss. Tatsächlich hat eine österreichi-

sche Regierung 1938 pflichtvergessen keine Handlungen gesetzt, um das Land gegen die Besetzung durch die deutsche Wehrmacht zu verteidigen. Aber in einer Deklaration der Moskauer Konferenz der Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika wurde im Oktober 1943 die gemeinsame Auffassung festgehalten, „daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Angriffspolitik Hitlers zum Opfer gefallen ist“. Nach diesem internationalen Dokument² begann der Eroberungsfeldzug der Nazis in Europa am 11. März 1938. Den Konferenzteilnehmern waren die Nazifotos und Filme mit jubelnden Massen, die den euphorischen Anschlusswillen der Österreicher dokumentieren sollten, sicher präsent. Sie haben diese aber nicht zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht, weil sie wissen mussten, dass, was heute in der historischen Beweisführung aus politischer Opportunität in den Hintergrund zu treten hat, es sich um Bilder handelt, die erst nach der polizeilichen und militärischen Vertreibung der vielen Nazigegner zu propagandistischen Zwecken entstanden sind. Der Bevölkerungsanteil, der vor dem Einmarsch der Nazis mit diesen sympathisierte, repräsentiert jedenfalls nicht die Mehrheit des österreichischen Volkes. In einem auch von Friedrich Heer zitierten, in den letzten Tagen vor dem Einmarsch geschriebenen Brief von Otto Habsburg an Kurt Schuschnigg – Heer beschreibt diesen als einen „Mann ‚frommer Sprüche‘ und vieler leerer Reden“ – heißt es: „Die Arbeiter haben in den letzten Tagen bewiesen, daß sie Patrioten sind. Diese Gruppe kann durch den Nationalsozialismus nicht vergiftet werden, wird daher stets am sichersten für Österreich eintreten, wogegen die Regierung ihr die Möglichkeit geben muß, an der Gestaltung des Vaterlandes – für welches sie sich einzusetzen bereit ist – aktiv mitzuwirken!“³ In Innsbruck notiert am 22. Februar 1938 ein rechtskonservativer katholischer Tiroler Nachwuchswissenschaftler in sein Tagebuch: „Die Arbeiter in Wien sind ganz gegen jeden Anschluß.“⁴ In der Nacht vom 11. zum 12. März 1938 richtete das Zentralkomitee der KPÖ in Prag, anknüpfend an die von der Parteiführung mitgetragenen Überlegungen von Alfred

Klahr zum historischen Prozess der Herausbildung der österreichischen Nation, einen Aufruf an das Volk von Österreich sowie an alle Völker Europas und der Welt, dass Adolf Hitler dabei ist, „den Freiheitswillen des österreichischen Volkes durch die Stiefel seiner Soldateska niederzutreten. Er ist daran, in Österreich seine Fremdherrschaft aufzurichten. [...] Das österreichische Volk ist vergewaltigt worden, aber sein Glaube und seine Zuversicht sind ungebrochen. Der Kampf geht weiter. Durch seine eigene Kraft und durch die Hilfe der Weltfront des Friedens wird ein freies, unabhängiges Österreich wiedererstanden.“⁵ Der hervorragende Vertreter der österreichischen Arbeiterklasse Johann Koplenig, der mehr als vierzig Jahre Parteivorsitzender der KPÖ und 1945 am Wiedererstanden der Zweiten Republik als Vizekanzler der Provisorischen Regierung maßgeblich beteiligt gewesen war, schreibt 1938 in *Weg und Ziel*: „Was ist Lüge und was ist Tatsache in Österreich? Lüge ist, daß das österreichische Volk den ‚Anschluß‘ ans Dritte Reich wollte. Lüge ist, daß es sich mit der Annexion abgefunden habe. Tatsache ist, daß die Märzereignisse nichts anderes waren als Vergewaltigung des politischen und nationalen Selbstbestimmungsrechtes des österreichischen Volkes, nichts anderes als ein imperialistischer Gewaltakt des deutschen Faschismus. Tatsache ist, daß mit dem Einmarsch der deutschen Truppen am 11. März 1938 in Österreich eine imperialistische Fremdherrschaft aufgerichtet worden ist.“⁶ Nach dem Kriegsausbruch im September 1939 riefen die Kommunistische Partei Österreichs und der Kommunistische Jugendverband Österreichs zur Sammlung aller Kräfte des österreichischen Volkes auf – „im Kampf gegen den bluttriefenden Hitler-Faschismus für die Freiheit Österreichs, für den Frieden“. Als die deutsche Wehrmacht 1941 vor Moskau stand, verteilten junge österreichische Kommunisten wie der 1944 von den Nazis hingerichtete Alfred Rabofsky im Oktober 1941 unter den Soldaten ein Flugblatt mit dem Inhalt, daß sich die Wende hin zur Niederlage Hitler-Deutschlands trotz der deutschen Erfolge bereits abzeichne.⁷

Unter massiven Einsatz des in Deutschland seit 1933 zur Perfektion entwickel-

ten Goebbels-Apparats zur Meinungsmanipulation kam zum Heldenplatz am 15. März 1938 eine Bewegung zustande, die alles erfasste, was zwischen echter Anschlussbegeisterung und bloßer Schaulust lag und die heute als Beweis für den Anschlusswillen des österreichischen Volkes herhalten muss. Der Vergleich von Habsburg mit einem Fußballmatsch mag jene stören, die ein solches mystifizieren. Von Habsburg ist nicht zu erwarten, dass er auf die Idee kommt, die am Heldenplatz zusammengelaufenen Wiener mit jenen hunderttausenden Berlinern am 9. November 1989 zu vergleichen, die ebenso geschichtsblind wie euphorisch mit dem Mauerfall den Sieg des deutschen Imperialismus einschließlich seiner kriegerischen Optionen bejubelten. Und noch weniger wird Habsburg als Herold der europäischen Großraumpolitik eine Analogie zwischen der Volksabstimmung vom 10. April 1938 und dem Ausgang des nur durch massive Manipulationsgewalt der Medienkonzerne und der ÖVP/SPÖ-Koalition erzielten Referendums (12. Juni 1994) für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zum 1. Jänner 1995 herstellen. Habsburg war und ist ja auch kein grundsätzlicher Gegner eines Anschlusses. Bald nach 1945 meinte er, dass Österreich keine Nation an sich sei, die Bande zwischen Österreich und dem deutschen Raum könnten nicht zerrissen werden: „Aus dieser Verbindung ergibt sich die wichtige abendländische Funktion Österreichs von selbst: Brücke zu sein zwischen Deutschland und dem Donauraum.“⁸

Nach 1945 war dem österreichischen Volk durchaus bewusst, dass Schuld und Verantwortung nicht Hitler und seine aktiven Parteigängern allein treffen. Schuld und Verantwortung hatten in erster Linie die Auftraggeber der Nazis, also Großbanken und Konzerne. Der katholische Politiker Leopold Figl, der noch nicht lange zuvor aus dem KZ Dachau befreit worden war, griff deshalb in seiner Regierungserklärung vom 21. Dezember 1945 sowohl die Forderung des österreichischen Widerstandes wie die Stimmung des österreichischen Volkes auf und forderte: „Das Österreich von morgen wird ein neues, ein revolutionäres Österreich sein. Es wird von Grund auf umgestaltet und weder eine Wiederholung von 1918 noch von 1933 noch eine von 1938 werden.“ Und Figl erklärte weiter: „Das freie, unabhängige und demokratische Österreich fühlt sich bereits heute auf Grund seiner außenpolitischen Ideologie als ein Teil der ‚Vereinten Na-

tionen‘.“ Figl wandte sich damit „gegen alle Versuche imperialistischer Einseitigkeit in diesem Europa“, was er noch ausdrücklich betonte und damit begründete, „daß wir kein zweiter deutscher Staat sind, daß wir kein Ableger einer anderen Nationalität jemals waren noch werden wollen, sondern daß wir nichts anderes sind als Österreicher, dies aber aus ganzem Herzen und jener Leidenschaft, die jedem Bekenntnis zu seiner Nation innewohnen muß, dann ist dies keine Erfindung von uns, die wir heute die Verantwortung für diesen Staat tragen, sondern die tiefste Erkenntnis aller Menschen, wo immer sie auch stehen mögen in diesem Österreich.“⁹

Die österreichischen Werktätigen erzielten nach der Befreiung 1945 enorme Erfolge beim Wiederaufbau, insbesondere bot der große und ausbaufähige Verstaatlichte Sektor Rückhalt. Die österreichische Bourgeoisie konnte sich aber relativ rasch wieder erholen, der Kapitalbildungsprozess ging rasch und umfangreich vor sich. Im Einvernehmen mit der österreichischen Bourgeoisie, die traditionell mehr merkantil als unternehmerisch und mehr rentnerisch als produzierend ist, griffen europäische Kapitalgruppen auf Österreichs Ressourcen sukzessive zu. Aus vielen Gründen sollte sich dabei spätestens seit den 1980er Jahren als nützlich erweisen, dass die vom Kapital zugelassenen Politiker und Historikerlakaien das Selbstbewusstsein des österreichischen Volkes mit der anhaltenden Propaganda, Österreich habe sich begeistert dem Hitlerreich angeschlossen und habe an den Naziverbrechen Mitschuld und Mitverantwortung, untergraben. Dass in einem okkupierten Land Kollaboration im Gegensatz zu Widerstand gewichtiger ist, braucht nicht weiter erläutert zu werden.

„Goldene Treppen, goldene Sessel, goldene Sitzbänke in der Hofburg“

Der „Eklat in Wien“ hat also weniger mit der Haltung von Otto Habsburg zum Jahr 1938 zu tun als mit seiner von der Sozialdemokratie geduldeten demokrati- und volksfeindlichen Rehabilitation der Politik des Arbeitermörders Engelbert Dollfuß und seiner der neutralen demokratischen Republik Österreich feindlichen europäischen Großraumpolitik. Im Vorfeld seines 95. Geburtstages hat Habsburg in einem Anfang November 2007 der Presse gegebenen Interview über Kaiser, Hitler und das größere Österreich ausdrücklich seine Zustim-

mung zum Terror des Austrofaschismus bestätigt. Mit der Politik des Arbeitermörders Dollfuß, mit dem Habsburg viel in Kontakt gestanden ist, sei er völlig einverstanden gewesen, „wenn es ums Land geht“, sei er „zu jeglicher Sache bereit“.¹⁰ Die verbrecherischen Details, die mit der „Sache“ des Klerikalfaschismus verknüpft sind, werden vornehm verschwiegen. Zur Sozialdemokratie meinte Habsburg im selben Interview: „Es gibt eine Partei in diesem Land, gegen die ich grundsätzlich gar nichts habe. Denn mit den ungarischen Sozialdemokraten stehe ich mich wirklich sehr gut. Aber hier in Österreich stehen die nicht gut mit mir. Die haben ja immerfort gehetzt.“ Das ist nicht neu, im Februar 1936 meinte der junge Habsburg im Pariser *Le Petit Journal*: „Ich werde gezwungen sein, in meinem zukünftigen Staat die Sozialistische Partei zu verbieten, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes steht.“¹¹

Undank ist der Welten Lohn – so werden sich die österreichischen Sozialdemokraten mit ihrem Spitzenrepräsentanten Heinz Fischer denken! Denn über diese darf sich Otto Habsburg und seine Entourage heute nun wirklich nicht mehr beklagen. Schon wenige Monate nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten hat Fischer Habsburg eingeladen, ihn zu besuchen: „Er hat diese Einladung angenommen. Wir sind hier in diesem Arbeitszimmer gesessen, haben ein langes und gutes Gespräch geführt und ich habe das nicht nur als eine interessante Unterhaltung betrachtet, sondern es hat auch irgendwie symbolischen Charakter gehabt.“¹² Zum 95. Geburtstag „Seiner Kaiserlichen Hoheit Erzherzog Otto von Habsburg-Lothringen“ – so die von Papst Benedikt XVI. und Kardinal Christoph Schönborn verwendete Titulatur – wurde am 19. November 2007 im Wiener Dom St. Stephan eine Festmesse gelesen. Kardinal Schönborn hielt die Majestätspredigt, sprach dabei von der Inspiration des Habsburgerreiches durch den römisch-katholischen Glauben und dankte seinem und des Jubilars „Gott, dass er in so schweren Jahren Ihrer Familie, unseres Landes und der ganzen Welt Ihnen die Kraft des Sehens aus dem christlichen Glauben gegeben hat. [...] Möge Gott Sie segnen und Ihnen vergelten, was Sie für unser Land und Europa getan haben“.¹³ Er konnte dabei an den von der katholischen Kirche als Freund des Friedens angebotenen Kriegskaiser Karl erinnern, für den seit 2005 in der Wiener Augustinerkirche eine eigene Gedenkstätte instal-

liert ist. Der humanistische Denker und Staatsmann Tomáš G. Masaryk hat zu Recht festgestellt, daß Kaiser Karl mitten im Massenmorden des ersten Weltkrieges nichts als Phrasen in der von seiner Dynastie gewohnten dummen Gescheitheit und Verschlagenheit eingefallen sind.¹⁴ In der Rektoratskirche St. Peter, die Kardinal Franz König 1970 den Priestern des Opus Dei übertragen hat, darf gleich rechts beim Eingang zum Seligen Kaiser Karl, dem „mit Frau und Kindern in seinem eigenen Land Heimatrecht und praktisch jegliches Eigentum genommen“ worden sei, gebetet werden, er sei der „Friedensfürst für ein geeintes Europa“. Im dort, gegenüber dem Agitationsmaterial für Opus Dei, aufliegenden Falter (Deutsch, Französisch, Tschechisch, Italienisch, Englisch und Ungarisch) werden die Restaurationsversuche von Exkaiser Karl verherrlicht: „Getreu seinem Krönungseid sowie auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes, der ein bolschewistisches Chaos in Mitteleuropa befürchtete, versuchte Karl nach dem Krieg, als König seine Herrscherverantwortung in Ungarn wieder herzustellen. Zwei Versuche scheiterten schließlich an Verrat und Lüge durch Gefolgsleute“. Kardinal König hat sich um das Katholischmachen der Sozialdemokratie verdient gemacht, was die Sozialdemokratie durch ihre kritischen Geschichtsschreiber als Annäherung zur Katholischen Kirche darstellen lässt. Heinz Fischer hat „eines Tages“, wie er öffentlich macht, den „Mut“ gehabt, Kardinal König zu einem Mittagessen zu sich zu Hause einzuladen, seine Frau, die gekocht habe, und seine beiden Kinder seien dabei gewesen. Das habe wunderbar funktioniert und sei wiederholt worden. Über einen so bekochten Arbeiterbetriebsrat etwa aus den Verstaatlichten Betrieben berichtet Fischer in seiner als „Überzeugungen“ angebotenen Selbstenthüllung nicht, wie sollte er auch dafür den „Mut“ aufbringen. Zur Bestätigung seiner Funktion für die österreichische Bourgeoisie drückt er lieber das Dankschreiben von Kardinal König ab: „Im Interesse von Kirche und Staat, im Interesse unseres Landes, scheint es mir bedeutsam zu sein, daß Sie als Vertreter des österreichischen Sozialismus so unvoreingenommen und natürlich den Kontakt zu einem Mann der Kirche gefunden haben“.¹⁵ Nach der durch die pompösen religiösen Zeremonien kaum verniedlichten Demonstration des politischen Katholizismus ging es für Otto Habsburg samt Familie zur Hofburg. Dort wartete Heinz Fischer, der bekannt-



Otto Habsburg bei einer Paneuropa-Veranstaltung im Großen Saal des Wiener Musikvereins am 14. November 1979.

lich nicht nur seit 2004 Bundespräsident ist, sondern den Typus des lang und lieb dienenden sozialdemokratischen Spitzenfunktionärs darstellt. Für Otto Habsburg war es naturgemäß ein gern wahrgenommener Termin vor der abendlichen Festversammlung der Paneuropa-Union, deren Ehrenpräsident er ist, und vor seiner Reise nach Bosnien, wo er seinen Geburtstag nochmals feiern ließ, in Siegesstimmung über die von der österreichischen Politik mit zu verantwortende Zerschlagung Jugoslawiens, das die Völker des Balkans erstmals in der Geschichte in friedlichem Zusammenleben vereint hatte. Im Oktober 1991 hatte Otto Habsburg im Europäischen Parlament kriegshetzerische Reden im Interesse Großeuropas gehalten, im neutralen Österreich war Außenminister Alois Mock mit Duldung der SPÖ Hauptverantwortlicher für die kriegerischen Auseinandersetzungen im Gefolge der einseitigen Anerkennung von Slowenien und Kroatien. Anstatt alles zu tun, Verhandlungen zwischen Delegationen der verschiedenen Völker über die Zukunft ihrer Republiken herbeizuführen, hat Mock alles getan, um in blutrünstiger althabsburgischer Tradition „Sondermaßnahmen“ gegen die Serben und Serbien zu propagieren. Kriegskamerad von Otto Habsburg war Franjo Tudjman, der, 1967 aus der KP Jugoslawiens wegen kroatisch nationalistischer Agitation ausgeschlossen, die Kriegsverbrechen gegen Serben forciert und Habsburg für seine Komplizenschaft dankbar die höchste Auszeichnung Kroatiens verliehen hat.¹⁶

„Goldene Treppen, goldene Sessel, goldene Sitzbänke in der Hofburg, sagte

er, und lauter pseudodemokratische Idioten darauf, wie lächerlich“ – lässt Thomas Bernhard seinen Musikphilosophen Reger verzweifeln.¹⁷ Dabei hat Bernhard Bundespräsident Heinz Fischer in der Hofburg noch gar nicht gekannt. Was hat Präsident Fischer denn verpflichtet mit dem Empfang von Otto Habsburg den schon etwas vergessenen Österreicher Thomas Bernhard quasi zu bestätigen: „Die Kapuzinergruft, die Hofburg, was für unappetitliche Lächerlichkeiten, sagte er. [...] Wohin immer wir heute in diesem Lande schauen, wir schauen in eine Senkgrube der Lächerlichkeit, sagte Reger.“

Es wäre allerdings absurd, Hofburg, Habsburg und Fischer als bloße Lächerlichkeiten abzutun. Fischer wirft in Gegenwart von Otto Habsburg ein verklärendes Licht auf die Habsburgermonarchie: „Wenn die Monarchie soziale Probleme besser angepackt hätte, wenn sie sich nicht in das Abenteuer des Krieges gestürzt hätte, wenn sie den Prozess der Demokratisierung aktiver vorangetrieben hätte, dann hätte sie vielleicht eine Überlebenschance gehabt und die österreichische Sozialdemokratie hätte mit der Monarchie wahrscheinlich ebenso zurechtkommen können, wie das in Schweden oder in Großbritannien der Fall war und heute noch ist.“¹⁸ Die politische Absicht ist eindeutig, der Bundespräsident will dem österreichischen Volk und den an Österreich grenzenden Ländern vermitteln, dass heute die Europäische Union quasi die Rolle einer Habsburgermonarchie übernommen habe, nur eben „besser“. „Abenteuer des Krieges“ – welche gefährliche Verharm-

losung des Massenmordens durch Fischer! Leo Trotzki meinte aus Anlass des Gründungskongresses der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wiener Internationale) im Februar 1921 in Wien, der den in der Krise befindlichen Zentrismus international zusammenfassen sollte, in einer von der KPÖ Österreich herausgegebenen Broschüre in Bezug auf Renner: *„Die Gabe der literarischen Nachahmung oder, einfacher, der stilistischen Täuschung ist ihm in hohem Maße gegeben. [...] Der Firlelfanz der österreichisch-wienerischen Kultur, die Jagd nach der Äußerlichkeit, nach dem Rang, nach dem Titel war Renner in höherem Maße eigen, als seinen übrigen Kommilitonen. Im Grunde blieb er stets nur k. u. k. Beamter, der sich der marxistischen Phraseologie vorzüglich zu bedienen verstand. Die Verwandlung des Verfassers eines durch seinen revolutionären Pathos berühmten gewordenen Jubiläumsartikels über Karl Marx in einen operettenhaften Kanzler, der den skandinavischen Monarchen seine Gefühle der Hochachtung und Dankbarkeit kundgibt, stellt eines der gesetzmäßigen Paradoxe der Geschichte dar.“*¹⁹ Fischer ist eine Replik von Renner, weil die spätkapitalistische Gesellschaft solche Funktionärstypen fortwährend anfertigt und in ihr nützliche Positionen bringt. Auf marxistisches Vokabular ist der Sozialdemokrat von heute längst nicht mehr angewiesen, es ist „Gesudere“ von gestern. Die Rolle des Austromarxismus als Theorie der Passivität und Kapitulation vor der Bourgeoisie hat unter den veränderten Verhältnissen heute in Wien die KPÖ übernommen – soweit sie dazu überhaupt in der Lage ist.

Republik und Habsburgerdynastie

Fischer hat als Parlamentarier keine sich bietende Gelegenheit ausgelassen, mit Hans Kelsen und dessen Verfassungspapiere zu renommieren. In Innsbruck wurde ihm dafür das Patent als Universitätsdozent ausgestellt. Fischer erinnert aus Anlass der Enthüllung einer Gedenktafel für Kelsen im Arkadenhof der Wiener Universität am 23. November 1984, dass dieser mit der Verfassung ein Werk geschaffen habe, *„das den Zeiten der Zeitgeschichte Stand gehalten hat“*.²⁰ Fischer hat das als damaliger Wissenschaftsminister formuliert, er meint auch, dass Kelsen zur Emigration aus Österreich gezwungen worden sei, was so nicht stimmt, weil Kelsen 1930 freiwillig eine Berufung in das präfa-

schistische Deutschland (Universität Köln) angenommen hat. Schwerer wiegt allerdings, dass die Verfassungspapiere von Kelsen, der sich im höheren Alter als Advokat Gottes bezeichnete,²¹ den Faschismus nicht verhindern haben können. Wie die österreichische Verfassung offenkundig auch nicht verhindern kann, dass Habsburg in Österreich zwar nicht nazifaschistische, aber autoritär ständestaatliche und europäische Großreichspropaganda betreibt.

Das Habsburger Gesetz vom 3. April 1919 hatte festgehalten: *„Im Interesse der Sicherheit der Republik werden der ehemalige Träger der Krone und die sonstigen Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen, diese, soweit sie nicht auf ihre Mitgliedschaft zu diesem Hause und auf alle aus ihr gefolgerten Herrschaftsansprüche ausdrücklich verzichtet und sich als getreue Staatsbürger der Republik bekannt haben, des Landes verwiesen. Die Festsetzung, ob diese Erklärung als ausreichend zu erkennen sei, steht der Staatsregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß der Nationalversammlung zu.“* Das hofärarische Vermögen fiel an den Staat und sollte zur Fürsorge für die Kriegsinvaliden, Witwen und Waisen verwendet werden. In der Regierungsvorlage für das Gesetz über die Landesverweisung hat Staatskanzler Renner formuliert: *„Das Erzhaus hat sich ausgelebt und überlebt. Wir aber können uns als ein freigewordenes Volk in unseren Entschließungen und in unserer Zukunft nicht mehr an Erinnerungen der Vergangenheit binden. Lassen wir das Vergangene begraben sein und wenden wir uns der Zukunft zu, und diese Zukunft heißt: Allgemeine Freiheit des ganzen Volkes.“* Wenige Jahre zuvor hat Renner Vorschläge zur Umgestaltung der Habsburgermonarchie mit Zugeständnissen an die Nationalitäten gemacht, die darauf abzielten, die deutsche Vorherrschaft in Zentraleuropa abzusichern. Gemäß Artikel 149 der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 ist das „Habsburger-Gesetz“ Bestandteil der Verfassung der Republik Österreich geworden. Die Bourgeoisie fand sich mit diesen und anderen von der österreichischen Arbeiterklasse geforderten Gesetzen ab, weil sie hoffen konnte, die bolschewistische Revolution noch abwenden zu können. Gegen das Habsburgergesetz hat nur der Abgeordnete Wilhelm Miklas gestimmt. Miklas hätte als späterer Bundespräsident 1938 die Möglichkeit gehabt, als Oberbefehlshaber den Befehl zur bewaffneten Verteidigung Österreichs zu erteilen, er zog es

aber vor, mit den österreichischen und deutschen Nazis über seine eigene Zukunft zu verhandeln, mit dem Ergebnis, mit vollen Bezügen pensioniert zu werden und Dienstauto, Chauffeur, Freikarten für die Oper und das Burgtheater, für die Bundesbahnen etc. zu behalten.²² Das Habsburger-Gesetz bildet einen integrierenden Bestandteil der von Kelsen ausgearbeiteten Bundesverfassung, die nach 1945 wieder in Wirksamkeit trat. Auch hat Österreich gemäß Artikel 10 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich 1955 die Verpflichtung übernommen, das Habsburger-Gesetz aufrechtzuerhalten. Der im Bündnis mit den reaktionärsten Kräften in Europa politisch sehr aktive Otto Habsburg-Lothringen hat die notwendige Erklärung am 31. Mai 1961 gemäß dem Wortlaut des Gesetzes mit dem Bemerkten, dass dadurch seine familien- und privatrechtliche Stellung nicht berührt werden sollte, abgegeben. Die politische Realisierung der Einreise war infolge des Widerstandes der SPÖ und der KPÖ noch nicht möglich, woran auch ein mit juristischen Tricks herbeigeführter, im Widerspruch zum Verfassungsgerichtshof stehender Gefälligkeitsbescheid des Verwaltungsgerichtshofes, dass die Erklärung Habsburgs ausreichend und die Landesverweisung aufzuheben sei, nichts änderte.

In der Sozialdemokratie erinnerte man sich noch lebhaft an die dynastischen Regierungsansprüche, die Otto Habsburg („Otto of Austria“) in der USA-Emigration über Österreich gestellt hat.²³ Einige österreichische Emigranten waren Otto Habsburg auf den Leim gegangen, dem nichts ferner gelegen ist als seine internationalen Verbindungen für die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen, demokratischen Österreichs einzusetzen. Der aus Wien stammende österreichische Emigrant Otto Kreilisheim hat im Auftrag des *Austro-Hungarian Trade Union Committee for Victory* eine Broschüre „Habsburg versus Freedom“ geschrieben, in der er an einigen Beispielen nachwies, dass die Habsburgerdynastie in der Geschichte niemals etwas mit Freiheit und Demokratie zu tun gehabt hatte und deshalb im Kampf um eine freie Welt nichts zu suchen hat. Amerikanische Gewerkschaftler schrieben zu dieser Broschüre Vorworte. Es waren nach der belegten Auffassung von Kreilisheim vor allem der Widerstand der amerikanischen Arbeiter tschechischer bzw. slowakischer oder ungarischer Herkunft, die das State Department veranlasst haben, das von

Otto Habsburg vorangetriebene Projekt einer unter seinem Oberbefehl gebildeten österreichischen Legion fallen zu lassen.²⁴ Anfang November 1944 verließ Habsburg die USA, um mit dem Segen des Vatikans sein Projekt für eine habsburgische Donauföderation voranzutreiben.²⁵ Der um Österreich hoch verdiente Diplomat Hans J. Thalberg, der in Frankreich und später von der Schweiz aus für ein freies Österreich tätig gewesen war und nach der Befreiung im diplomatischen Dienst Österreichs auf wichtigen Posten gewirkt hat, resümiert über Otto Habsburg: „Seine Interessen waren in erster Linie restaurativer Natur. Er hat in Paris gar nichts und in New York herzlich wenig für die österreichische Emigration und für seine exilierten Landsleute getan. Ein ernstzunehmender Versuch der Pariser Emigration zur Schaffung eines offiziellen österreichischen Exilkomitees unter der Leitung des österreichischen Universitätsprofessors [Richard] Wasicky scheiterte 1939 durch die Intrigen der Mitarbeiter Otto Habsburgs. Nach der Befreiung Österreichs riet Otto Habsburg den Alliierten, der provisorischen Regierung Renner, die sich mit bewunderungswürdigem Mut gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht durchzusetzen verstanden hatte, die Anerkennung zu versagen. Und als es um die österreichische Neutralität und um den österreichischen Staatsvertrag ging, war Otto Habsburg wieder nicht an der Seite Österreichs zu finden.“²⁶ Ende 1951 warnt der Österreichische Friedensrat vor den kriegshetzerischen Aktivitäten Otto Habsburgs. Dieser hat am 2. September 1951 in den *Salzburger Nachrichten* die Kriegsziele eines Aggressionskrieges des Westens gegen den Osten, ausgehend von der geographischen Lage und der politischen Rolle Österreichs, entwickelt. Habsburg vertrat die These, dass die Krise der Welt auf die Liquidierung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und des Ottomani-schen Reiches zu Ende des Ersten Weltkrieges zurückgehe. Seitdem seien die „Bollwerke“ Europas zerstört, „triumphiert Asien“. Die Reichtümer in den Donauländern, in Polen und auf dem Balkan müssten zurückerobert und wieder einverleibt werden.²⁷ Als 1956 in Ungarn konterrevolutionäre Kräfte zum Aufstand gegen die sozialistische Ordnung und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion antraten, organisierte Habsburg von München aus im Einvernehmen mit Papst Pius XII. die Unterstützung der militanten klerikalen Kräfte.²⁸

Der Vatikan und die Spitzen des Klerikalismus haben sich seit vielen Jahrzehnten für die Rückkehr der habsburgischen Räuberdynastie nach Österreich eingesetzt, um mit dieser die Balkanländer zu infiltrieren. Das gelang aufgrund der noch wachen Erinnerung des österreichischen Volkes an die traurigen Erfahrungen lange Zeit nicht. Johann Koplenig sah das 1961 (1. April) noch so: „Unsere Partei und unsere Presse waren es, die die schon weit gediehene Machinationen der Habsburger, der Klerikalen und der Regierungsparteien aufdeckten und unser entschiedenes Auftreten hat auch die SP gezwungen, gegen die Rückkehr Habsburgs Stellung zu nehmen.“ Am 4. Juli 1963 stimmten die SPÖ- und FPÖ-Abgeordneten im Nationalrat gegen die Rückkehr Otto Habsburgs. Kreisky hatte der

FPÖ für diese Kooperation eine ihr entgegenkommende Wahlrechtsänderung, den Rechnungshofpräsidenten und die Vertretung Österreichs im Europarat in Straßburg versprochen.²⁹ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* lud Anfang Oktober 1963 den Wiener Verfassungsjuristen Günther Winkler und Christian Broda ein, ihre Positionen im Blatt der westdeutschen Bourgeoisie zu erläutern.³⁰ Broda, der ja ein guter Jurist war, verwies darauf, dass der Verwaltungsgerichtshof sich eine Entscheidung als höchste Instanz in einem Handstreich angemäht habe, die nicht ihm, sondern dem Verfassungsgerichtshof zugestanden sei, und betonte, dass die Habsburger Angelegenheit nicht nur staats- und verfahrensrechtliche, also sogenannte rechtsstaatliche Aspekte hat, sondern auch eminent staatspolitische. Otto Habsburg habe mit seiner Loyalitätserklärung Jahrzehnte gewartet und sich vom Ausland in innerösterreichische Angelegenheiten aktiv eingemischt. Sein Sinneswandel müsse bezweifelt werden: „Das österreichische Volk hat in den nicht einmal fünfzig Jahren seit der Gründung seiner Republik schwere Zeiten durchlebt. 1934 hat es seine innere Freiheit verloren, 1938 hat es seine äußere Freiheit eingebüßt. Erst 1955 wurde sie wieder errungen. Ist es ein Wunder, daß wir Risiken scheuen, die das Erreichte aufs Spiel setzen können?“ Winkler forderte das ziemlich abstrapa-



Habsburg-Nostalgie in einer Wiener Buchhandlung in der Kärntner Straße.

zierte Rechtsstaatsprinzip formalistisch ein, indem er die Illusion vom parteilosen Richter vermittelte, die Karl Marx schon im Vormärz im Zusammenhang mit dem Holzdiebstahlgesetz bloßgestellt hat.³¹

Die staatspolitische Situation änderte sich seit 1966, als die ÖVP Alleinregierung offensiv nach Bonn und Brüssel orientierte und das mit Otto Habsburg gegen die SPÖ tun wollte. Die SPÖ blieb gegenüber einer Einreise von Otto Habsburg wegen der Haltung der Arbeiter in den Betrieben zögerlich. Am 12. August 1966 hatte die Belegschaft des großen Eisen- und Stahlverarbeitungsunternehmens Waagner-Biro A.G. in Graz eine Protestversammlung abgehalten und eine Resolution dem Nationalratspräsidium telegraphiert, in der es heißt: „Die Arbeiter und Angestellten haben unter großen Opfern einen entscheidenden Anteil am wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau geleistet und sind nicht gewillt, sich durch die reaktionären Mächte der Familie Habsburg und ihrer Hintermänner um die Früchte ihrer Opfer bringen zu lassen.“ Heinz Fischer war gerade Klubsekretär der SPÖ und hat dieses Telegramm zur Kenntnis genommen.³² Otto Habsburg reiste am 31. Oktober 1966 erstmals nach Österreich ein, Anfang November 1966 kam es zu umfangreichen Protestkundgebungen und Streiks österreichischer Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die von den

Medien der Bourgeoisie als rechtlich korrekt verkaufte Einreise. Seit dem viel beachteten Händedruck von Bundeskanzler Bruno Kreisky und Otto Habsburg am 4. Mai 1972 hat es über Aufenthalte von Otto Habsburg in Österreich keine öffentlichen Diskussionen mehr gegeben. Habsburg war damals, was Kreisky nicht gestört hat, zur Feier des 50-jährigen Bestandes der *Paneuropa-Union* in Wien. Diese ist 1922 von Richard N. Coudenhove-Kalergie in Wien gegründet worden mit der Zielsetzung, die von der europäischen imperialistischen Monopolbourgeoisie angestrebte „Vereinigung Europas“ ideologisch vorzubereiten und die Ausbreitung der revolutionären Bewegung in Europa durch die sich in der Sowjetunion zeigende gesellschaftliche Umgestaltung zu verhindern. Auch Adolf Hitler war ein Anhänger der Paneuropa-Idee, wenngleich in Nazi-Deutschland die Paneuropa-Organisationen, die von denselben Kreisen aus dem deutschen Monopolkapital unterstützt worden waren, die jetzt Hitler unterstützten, aufgelöst worden sind.

Nicht alle nach 1919 geborenen Mitglieder der habsburgischen Räuberdynastie gaben die Verzichtserklärung ab, für zwei jüngere Brüder von Otto Habsburg wurde erst 1996 eine juristische Lösung gefunden. Der Rechtsvertreter der Familie Habsburg-Lothringen Wolfram Bitschnau hat die juristischen Stationen bis zur Wiederbetätigung von Habsburg in Österreich zusammengestellt, im 2004 datierten Vorwort dankt er Heinz Fischer in außergewöhnlicher Weise: „*Zu danken ist auch den Politikern aus ÖVP, FPÖ und Liberalem Forum, die stets für die Beseitigung des Unrechts der Landesverweisung eingetreten waren. Besonders zu erwähnen ist der damalige Erste Präsident des Nationalrats (SPÖ) und heutige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der Verständnis für das Problem zeigte und gegen den Widerstand des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt und verschiedener Abgeordneter die ‚pragmatische‘ Lösung in Regierung und Hauptausschuß des Nationalrates durchzusetzen wusste.*“³³ Fischer hat seine Sache offenkundig gut gemacht, für Habsburg und für die restaurativen Kräfte in Österreich und in der Europäischen Union. 1979 hat Otto Habsburg die westdeutsche Staatsbürgerschaft angenommen, um als CSU-Abgeordneter im Europaparlament der Großraumpolitik des EU-Imperialismus eine historische Mystifikation zu geben. W. I. Lenin hat einmal die Losung der Vereinigten Staaten

von Europa scharf analysiert: „*Die Vereinigten Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich oder reaktionär.*“³⁴ Es ist heute die Kenntnis von Lenin nicht notwendig, um zu einer solchen Einschätzung des in der Europäischen Union vereinigten Verbandes des Imperialismus in der Gegenwart zu kommen. Zu offenkundig sind seine verbrecherischen Kriegs- und Kolonisationsoperationen auf dem Balkan, in Afghanistan, in den Ressourcenländern Afrikas oder seine Kooperation mit Israel bei den Kriegs- und Besatzungsverbrechen im Nahen Osten.

„*Längst steht der Name Otto Habsburg nicht mehr für ein gesundes österreichisches Nationalbewußtsein, sondern für ein verschwommenes Abendländertum bayrischen Anstrichs*“ – so schreibt 1984 Hans J. Thalberg.³⁵ Daran hat sich überhaupt nichts geändert! Habsburg verkörpert die Negation der am Frieden orientierten neutralen österreichischen Republik, sein Empfang durch den österreichischen Bundespräsidenten Fischer ist ein Tiefpunkt ihrer Geschichte, insbesondere ihrer Arbeiterbewegung.

Anmerkungen:

- 1/ Presseaussendung vom 11. März 2008.
- 2/ Zitiert nach Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: UdSSR – Österreich 1938–1979. Dokumente und Materialien. Moskau 1980, 15 (Deklaration über Österreich, *Prawda*, 2. November 1943)
- 3/ Friedrich Herr: Der Kampf um die österreichische Identität. Wien [u.a.] 1981, 427f.
- 4/ Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, Tagebuch Nikolaus Grass.
- 5/ Die Kommunisten im Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs. Sammelband. Wien 1955, 63–64.
- 6/ Dieses Zitat ist im Sammelband: Die Kommunisten im Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs, 93, irrtümlich Alfred Klahr zugeschrieben.
- 7/ Dazu Gerhard Oberkofler: Eduard Rabofsky. Jurist der Arbeiterklasse. Innsbruck–Wien 1997.
- 8/ Zitiert nach *Weg und Ziel* 1959, 178.
- 9/ Stenographisches Protokoll. 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. Freitag, 21. Dezember 1945 (Regierungserklärung des Bundeskanzler Ing. Figl 19–27).
- 10/ *Die Presse* vom 9.11.2007.
- 11/ Notwendige Erinnerungen. Aus der letzten Tätigkeitsperiode der Habsburger. *Weg und Ziel* 1960, 656–669.
- 12/ Heinz Fischer: Überzeugungen. Eine politische Biografie. Unter Mitarbeit von Alfred Reiter. Wien [u.a.] 2006, 12.
- 13/ www.stephanscom.at/news/articles/2007/11/29/a13806/print
- 14/ Tomáš G. Masaryk: Das neue Europa. Ber-

lin 1991, 98.

- 15/ Fischer: Überzeugungen, 312f.
- 16/ Dazu die Habsburg Hagiographie von Stephan Baier/Eva Demmerle: Otto von Habsburg. Die Biografie. Wien, 5. Aufl. 2007 (Mit einem Grußwort von Papst Benedikt XVI.).
- 17/ Thomas Bernhard: Alte Meister. Frankfurt/M. 1985, 121.
- 18/ Fischer: Überzeugungen, 12.
- 19/ Die Helden der Wiener Konferenz. Mit Beiträgen von Lenin, Trotzki, Sinowjew u.a. Hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion d. III. Internationale). Wien 1921, 14.
- 20/ Fischer: Überzeugungen, 147 (Rede 146–148).
- 21/ Aufsätze zur Ideologiekritik. Neuwied 1964, 54.
- 22/ Gerhard Oberkofler/Eduard Rabofsky: Pflichterfüllung für oder gegen Österreich. Historische Betrachtungen zum März 1938. Wien 1988.
- 23/ Franz Goldner: Die österreichische Emigration 1938 bis 1945. Wien–München 2. Aufl. 1977; Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Österreicher im Exil. USA 1938–1945. Eine Dokumentation. Wien 1995; Gerhardt Plöchl: Willibald Plöchl und Otto Habsburg in den USA. Ringen um Österreichs „Exilregierung“ 1941/42. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 2007.
- 24/ Otto Kreilishheim: Ich erinnere mich... Hg. vom Bund demokratischer Lehrerinnen und Lehrer. Wien 1989, 36–38.
- 25/ Dazu Eduard Winter: Rom und Moskau. Wien [u.a.] 1972, 412.
- 26/ Hans J. Thalberg: Von der Kunst Österreicher zu sein. Erinnerungen und Tagebuchnotizen. Wien [u.a.] 1984, 125f.
- 27/ Die Aufrüstung Österreichs. Dokumente und Tatsachen. Hg. vom Österreichischen Friedensrat. [Wien 1951], 132.
- 28/ Winter: Rom und Moskau, 426.
- 29/ Bruno Kreisky: Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil. Wien 1988, 402f.
- 30/ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Oktober 1963 („Der Fall Habsburg“).
- 31/ Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz. MEW 1, 109–147, hier 145.
- 32/ Österreichische Nationalbibliothek, Nachlass Christian Broda.
- 33/ Wolfram Bitschnau: Heimkehr der Habsburger. Der Kampf um das Ende der Landesverweisung. Ares Verlag.
- 34/ Lenin: Werke 21 (Berlin 1961), 343.
- 35/ Thalberg: Von der Kunst Österreicher zu sein, 318.

Thomas Schönfeld hat die Anregung gegeben, dass es auch eine Aufgabe der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT sein muss, über die Zusammenhänge der Habsburger-Vergangenheit mit der Gegenwart in Österreich nachzudenken. Die beiden Autoren Hans Hautmann und Gerhard Oberkofler danken für diese Anregung.

Zum 100. Geburtstag von Zalel Schwager

Am 21. Juli dieses Jahres wäre Zalel Schwager 100 Jahre alt geworden. Von frühester Jugend an war er ein Rebell und ist es sein ganzes Leben geblieben. Er gehörte nicht zu den lauten, aber zu den verlässlichen, konsequenten und standhaften Revolutionären der österreichischen ArbeiterInnenbewegung.

Zalel Schwager wurde am 21. Juli 1908 in der alten österreichisch-ungarischen Grenzstadt Husiatyn in Galizien geboren. Als Kind kam er mit seinen Eltern nach Wien. Nach der Volks- und Bürgerschule musste er sich mit Gelegenheitsarbeiten sein Brot verdienen.

Sein Leben veränderte sich, als er als Lehrling in der Buchhandlung und Leihbibliothek bei Professor Rath in der Taborstraße im Zweiten Wiener Gemeindebezirk aufgenommen wurde. Dort begann er zu lesen und erweiterte im Selbststudium sein großes Wissen. Schließlich arbeitete er als Bibliothekar. Er begann sich für die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Wiener ArbeiterInnen in den 1920er Jahren zu interessieren. Tiefen Eindruck und Einfluss auf seine politische Entwicklung machten die Ereignisse des 15. Juli 1927. Die Empörung über den Freispruch des Arbeitermörders im Schattendorfer Prozess, der Schießbefehl des christlichsozialen Polizeipräsidenten Schober, durch den nahezu 100 Menschen getötet wurden, und die Enttäuschung über die Reaktion der sozialdemokratischen Parteiführung bekräftigten seine kritische Haltung zu ihr. Seit 1925 in der ArbeiterInnenbewegung aktiv, trat er 1930 der Kommunistischen Partei bei, deren Mitglied er bis zu seinem Tode blieb.

Im Februar 1934 beteiligte sich Schwager an den Kämpfen des Republikanischen Schutzbundes gegen das austrofaschistische Regime. Wegen illegaler Tätigkeit wurde er 1934 verhaftet, die Jahre 1935 und 1936 verbrachte er in Haft. Darauf flüchtete er in die Tschechoslowakei und ging von dort 1937 nach Spanien, um auf Seiten der spanischen Republik gegen den Franco-Faschismus zu kämpfen. Als Leutnant und Politikommissar des österreichischen Bataillons „12. Februar“ nahm er in den Reihen der XI. Internationalen Brigade bis 1939 an allen Kämpfen teil. Nach zweieinhalb Jahren harten Kampfes konnte Franco mit Hilfe der deut-

schen und italienischen Armee, begünstigt durch die Nichteinmischungspolitik der französischen und englischen Regierung, siegen. Die Interbrigadisten und viele SpanierInnen mussten nach Frankreich fliehen, wo man sie unter unwürdigen Bedingungen in Internie-

Präsidialbüros und stellvertretender Personalchef der Bundespolizeidirektion Wien, ab November 1945 als Personalreferent des Generalinspektorats der Sicherheitswache. Im November 1946 wurde Schwager zum Polizeimajor ernannt. Als stellvertretender Kommandant der



„Tag der Volkssolidarät“ am 17. Juni 1945 in Wien: Aufmarsch des Österreichischen Freiheitsbataillons vor dem Parlament. 1. Reihe (von l.n.r.): Peter Hofer, Leopold Stancl, 2. Reihe (von l.n.r.): Ernst Wexberg, Zalel Schwager, Dr. Emanuel Edl (Quelle: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Spanienarchiv).

rungslagern festhielt. Zalel Schwager war in den Lagern Saint-Cyprien, Gurs und Argèles.

Mit Hilfe der kommunistischen Organisation konnte er aus Argèles flüchten und mit seiner Frau Irma in den von Deutschen besetzten Teil Frankreichs gelangen. Dort wirkten beide im Rahmen der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzungsmacht und leisteten Aufklärungsarbeit unter den Wehrmachtssoldaten. Nach der Befreiung Frankreichs schloss sich Zalel Schwager mit anderen Genossen dem von der KPÖ organisierten österreichischen Freiheitsbataillon in Jugoslawien an, um den Kampf für ein freies und unabhängiges Österreich weiterzuführen.

Am 24. April 1945 kam er nach Wien zurück und wurde sofort im Polizeidienst eingesetzt, um am Aufbau einer demokratischen Polizei mitzuwirken. Zunächst war er als Personalchef des Polizeilichen Hilfsdienstes für die Kommandantur der Stadt Wien tätig, ab Juli als provisorischer Stellvertreter des Vorstandes des

Sicherheitswache Innere Stadt hatte er die Verantwortung für den Ordnungsdienst großer Demonstrationen. Es gelang ihm dabei immer wieder, größere Gewaltausbrüche zu verhindern. 1954 wurde er zum Polizeioberstleutnant ernannt, 1969 ging Schwager in Pension. Im Rahmen der KPÖ war er in der Bezirksleitung Leopoldstadt und von 1963 bis 1969 als Mitglied der Wiener Stadtleitung aktiv. Ferner wirkte er im Vorstand der *Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 bis 1939 und der Freunde des demokratischen Spaniens*.

Mit seinem marxistischen Wissen und seinem wachen, kritischen Geist war er ein guter Lehrer für viele junge Menschen. Überall haben ihn seine Kollegen, Freunde und Genossen sehr geschätzt und geachtet. Am 17. November 1984 ist Zalel Schwager gestorben. Nicht nur seine beiden Kinder, seine Enkelkinder und seine Frau, sondern auch viele Menschen verschiedener Weltanschauung haben um den guten und integren Menschen getrauert.

Lisl Rizy/Willi Weinert: *Bin ich ein guter Soldat und guter Genosse gewesen? Österreichische Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg und danach. Eine Lesebuch.* Wien: Wiener Sternverlag 2008, 160 Seiten, 15 Euro

Der spanische Kampf gegen den Faschismus wird heutzutage oft als „linker Mythos“ diffamiert. Die Rolle der Sowjetunion, der Anteil kommunistischer Kader wird wenn nicht verschwiegen, so doch – selbst in antifaschistischer Literatur – gering geschätzt und denunziert. Dem widersprechen Lisl Rizy und Willi Weinert mit ihrer als historisches Lesebuch konzipierten Dokumentation über österreichische Kommunisten und Kommunistinnen in Spanien mit geschichtswissenschaftlicher Akribie, wie die beiden in Wien lebenden ehemaligen Interbrigadisten Ferdinand Hackl und Gert Hoffmann in einem Geleitwort bestätigen.

Die Herausgeber drucken einleitend mit Bild- und Textkommentar zwei nur mehr schwer zugängliche Arbeiten ehemaliger österreichischer Spanienkämpfer ab, von Bruno Furch (1913–2000), Redakteur der Wiener *Volksstimme* zu einer Zeit, als diese noch eine marxistische Tageszeitung war, und von Max Stern (1903–1980), nach der Befreiung Leiter des KPÖ-Archivs.

Die Autoren machen viele ins Vergessen verdrängte Erinnerungen österreichischer Kommunisten wieder zugänglich, jene von Lisa Gavric, Krankenschwester auf der Seite der spanischen Republik, die Erinnerung an den aus Egon Erwin Kischs Novelle „Die drei Kühe“ bekannten Tiroler Max Bair, die Schilderungen von Sepp Plieseis, dessen 1946 veröffentlichtes Buch „Vom Ebro zum Dachstein“ an Spanien, das KZ Dachau und den Partisanenkampf im Salzkammergut erinnert, oder unter vielem anderen mehr Gedenkartikel von Heinrich Dürmayer

an in Spanien verstorbene Kampfgenossen, erstmalig 1938 veröffentlicht in „Tschapajew. Das Bataillon der 21 Nationen, redigiert von Alfred Kantorowicz, Reprint 1956“. Das vorliegende Buch erinnert daran, dass der antifaschistische Kampf in Spanien auch eine Fortsetzung des österreichischen 12. Februar 1934 war. Erkennbar schon am Bataillons-Namen „12. Februar“, oder daran, dass die spanischen „Österreichkompanien“ nach den 1934 vom katholischen Austrofaschismus ermordeten Sozialisten Georg Weissel, Koloman Wallisch, Karl Münichreiter oder Josef Gerl benannt waren.

Rizy und Weinert bieten aber mehr als nur ein „Lesebuch“: Die sehr viel neues Bild- und Quellenmaterial bebringenden Lebensläufe österreichischer kommunistischer Spanienkämpfer stellen eine systematische Kollektivbiographie dar, die den Anteil der seit 1933 illegalisierten KPÖ am Kampf gegen den europäischen Faschismus eindrucksvoll verdeutlicht.

PETER GOLLER

Bezugsmöglichkeit: Wiener Sternverlag, wiener.sternverlag@chello.at

Alfredo Bauer: Kritische Geschichte der Juden. Bd. I und II. Essen: Neue Impulse Verlag 2005 und 2006, 428 bzw. 199 Seiten, 20,40 und 15,40 Euro

Gesamtdarstellungen sind eine gefährliche Sache: Zu oft lauert der Teufel gerade in jenem Detail, dessen Kenntnis zwar unerlässlich ist für die Gewinnung einer Globalperspektive, wie sie das Genre verlangt – und das dennoch nie erschöpfend behandelt, oftmals nicht einmal mehr als kurz angestreift werden kann, um sich nicht in einer Fülle an Einzeldaten zu verlieren. Insofern verlangt die Gesamtdarstellung dem Autor Äußerstes ab: profunde Kenntnis seiner Quellen, die Fähigkeit, aus schier uneinsehbarer Materialdichte das Entscheidende herauszuarbeiten und, als zusätzlicher Kniff, in ansprechender Form zu vermitteln, ohne beim Leser den Eindruck der Besserwisserie oder Neunmalklugkeit zu erwecken. All dies ist Alfredo Bauer mit seiner „Kritischen Geschichte der Juden“ gelungen, die nach ihrem erstmaligen Erscheinen auf Spanisch 1971 nun auch – von ihm selbst übersetzt – vollständig in deutscher Sprache vorliegt.

Die Beifügung des Attributs „kritisch“ ist keine bloß kontingente: Bauers Werk

ist nicht einfach eine weitere, mehr oder weniger vollständige Darstellung der Geschichte der jüdischen Gemeinschaften, wie sie mittlerweile schon ganze Bibliotheken füllen. Der Autor intendiert vom Grundsatz her etwas gänzlich anderes: Wie zuvor schon dem von den Nazis ermordeten belgischen Marxisten Abraham León, jedoch auf viel breiterer Basis, geht es ihm um nichts weniger als die Klärung der Frage, wie es dazu kommen konnte, dass die Juden im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Gruppen in der europäischen Geschichte oftmals eine besondere Rolle einnahmen und, ideologisch wie sozial abgesondert, bis weit in die neueste Historie hinein mit dem Stigma des Fremden und Andersartigen belegt wurden. Die Geschichte der Juden kann damit nicht für sich behandelt werden, sondern wird in den Kontext der generellen Entwicklung der europäischen Gesellschaften eingefügt und zu dieser Entwicklung in Beziehung gesetzt – insofern dient Bauers „Kritische Geschichte“ damit zur Abzugsfolie für eine kritische Geschichte Europas insgesamt.

Für diese, ihrer Ambition nach kaum zu überschätzende Unternehmung holt er weit aus: Der gesamte erste Band, ein Konvolut von über 400 Seiten, beschäftigt sich mit den Anfängen des Judentums in Europa, verfolgt die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaften im Früh- und Spätmittelalter und erklärt ihre besondere soziale wie wirtschaftliche Stellung im Hochfeudalismus bis hin zu ihrer Rolle in der bürgerlichen Revolution. Dieser erste Band kann daher als eine Art Grundlegung für die brennenden Fragenkomplexe angesehen werden, derer sich der zweite annimmt und die auch heute noch zu den meistdiskutierten Themen in der historiographischen bzw. allgemeinen öffentlichen Diskussion nach 1945 zählen: moderner Antisemitismus, Zionismus, Arbeiterbewegung und Judentum, der Charakter des deutschen Faschismus und dementsprechend der Charakter der so genannten „Endlösung der Judenfrage“, nicht zuletzt auch die historische Verortung der jüdischen und alliierten Politik im Nahen Osten, die vor 60 Jahren in die Gründung eines eigenständigen israelischen Staates und schon bald darauf in die systematische Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung einmündete.

Bauers Geschichte der Juden ist jedoch hierin – und dies ist wahrscheinlich ihr größtes Verdienst – nicht nur eine Geschichte der Exklusion, sondern auch je-

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2008.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der Alfred Klahr Gesellschaft seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen des Verlages der Alfred Klahr Gesellschaft.

ne der Inklusion, der gelingenden und gelungenen Integration der Juden in die europäischen Gesellschaften. Mit der analytischen Schärfe des Marxisten, der sein Handwerk, im angezeigten Fall den historischen Materialismus, beherrscht, erschafft der Autor ein Deutungsszenario, wann und unter welchen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Bedingungen die Integration der Juden vollzogen werden konnte – und unter welchen sie scheiterte und in Vertreibung, Verfolgung, im äußersten Fall in die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung umschlug. Dieser Widerstreit, seine historische Verortung in der europäischen Geschichte und die materialistische Explikation ziehen sich als Grundmotiv der „Kritischen Geschichte“ durch den gesamten Korpus ihrer beiden Bände. „Wo immer“, so Bauer, „ihre Integration [diejenige der Juden, M.K.] ins Bürgertum abgeschlossen war, bildeten sie keine besondere Gemeinschaft mehr“ (Bd. II, S. 7), wo immer sich der Prozess der kapitalistischen Umwälzung „kraftvoll“ vollzog, d.h. von einer politisch-sozialen Bewegung getragen wurde, wurde es möglich, „die Juden mit ihrem Kapital und ihrer kommerziellen Erfahrung in die Gesellschaft einzubeziehen und sie dabei auch ideologisch zu assimilieren“ (S. 11) und „konnte der Antisemitismus in seiner modernen Form nicht aufkommen, da die Juden als sozial und kulturell abgesonderte Gemeinschaft nicht mehr existierten“ (S. 11). Deutschland als Paradigma einer „verspäteten“ kapitalistischen Nation bildete im Verbund mit der grundlegenden Disposition, wonach „fast ein halbes Jahrtausend [...] für das deutsche Volk voller versäumter historischer Gelegenheiten“ war, den optimalen Nährboden für die Ideologie des modernen, massentauglichen Antisemitismus, der in der Systemkrise der 1930er Jahre weiten Teilen des deklassierten Kleinbürgertums dazu verhalf, in der sogenannten Rassenfrage die kausale Ursache der sozialen und wirtschaftlichen Konflikte zu sehen und dem imperialistischen Großmachtsanspruch des deutschen Kapitals als sozialpolitisches Domestizierungswerkzeug zu dienen (S. 12f, S. 112ff.).

Mit argumentativer Strenge stemmt sich der Autor daher gegen all jene idealisierenden Versuche, von den konkreten historischen Bedingungen zu abstrahieren und eine Logik des Ausschlusses zu propagieren, die in der Auffassung mündet, der Antisemitismus wäre etwas Natürliches und den europäischen Ge-

sellschaften gewissermaßen von Anbeginn an inhärent (S. 47f.). Mit den weitläufigen Konsequenzen, zum einen eine objektive Analyse des Holocausts mit dem Hinweis auf die besondere „genetische“ Belastung der Deutschen – im Kontext einer generellen Vorbelastung der europäischen Gesellschaften – zu verunmöglichen, andererseits die zionistische Doktrin zu antizipieren, bei den Juden würde es sich um einen von Grunde auf andersartigen Menschenschlag handeln, der immer Verfolgungen ausgesetzt sein würde, solange er sein Schicksal in Form der Erschaffung einer eigenständigen jüdischen Territorialstaates nicht selbst in die Hand nähme (S. 49f.). Die Identifikation des Staates Israel mit *der* jüdischen Nation *an sich*, die Berufung und Bindung des israelischen Staates (etwa in der israelischen Einwanderungsgesetzgebung) an eine historische Kontinuität des Nationalen, die sich allein an Talmudischen Kriterien orientiert (S. 164), hat eben nichts mit der Idee gemein, „in einer im höchsten Grade komplizierten und beinahe auswegslosen Lage den zahlreichen entwurzelten Juden (auch) in Palästina eine Heimstätte zu geben“ (S. 76).

Es sind differenzierte Sichtweisen wie diese, die, weit entfernt von jeder Apodiktizität in ihrer Urteilsbildung, die Lektüre dieser beiden Bände zu einem Gewinn machen. Alfredo Bauer beweist mit didaktischer Umsicht und der stilistischen Sattelfestigkeit des Romanciers, dass der historische Materialismus mehr ist als das, was ihm die bürgerliche Geschichtsschreibung im Bewusstsein ihrer vorgeblichen Überlegenheit schelmenhaft andichten will: die eklektische Ritualisierung bestimmter Marx-Sätze zu einer kanonisierten Geschichtsdoktrin.

MARTIN KRENN

Lesung der Alfred Klahr Gesellschaft mit Alfredo Bauer

Es sei tragisch, schrieb Konstantin Kaiser einmal, „dass sich die österreichische Exilliteratur, die Autorinnen und Autoren, die aus dem zur Ostmark gewordenen Österreich vertrieben wurden, nach 1945 aus den verschiedensten Weltteilen auf eine gemeinsame Mitte bezogen, die jedoch leer blieb“. Mit dieser Mitte ist Österreich gemeint, das sich nach 1945 von offizieller Seite nur wenig um die Würdigung jener kümmerte, die im Exil das Bild eines Österreichs

abseits des Geschreis vom Heldenplatz hoch hielten. Alfredo Bauer, 1938 von den Nazis nach Argentinien vertrieben und eine Zentralfigur der österreichischen Exilliteratur, hat dennoch niemals einen Zweifel an seiner Verbindung zu diesem *anderen* Österreich gelassen, dem Österreich des großen Jännerstreiks, der Räterepublik von 1918, dem Österreich des Kampfes gegen die austro- und später hitlerfaschistische Diktatur. Als Arzt, als Schriftsteller, als Übersetzer



deutscher Klassiker ins Spanische und argentinischer Klassiker ins Deutsche, als derjenige, der Jura Soyfer auf dem südamerikanischen Kontinent zu einem Zeitpunkt bekannt gemacht hat, da dieser hierzulande nur noch einem eingeweihten Personenkreis ein Begriff war – und nicht zuletzt in den Reihen der Kommunistischen Partei Argentiniens (seit 1946) führt Alfredo Bauer als (im besten Sinne des Wortes) unermüdlicher Propagandist der Sache des Humanismus und des Friedens den Kampf um eine gerechte, eine sozialistischen Gesellschaftsordnung. Alfredo Bauer, das darf behauptet werden, ist ein Großer: als Mensch, als Schriftsteller, als Genosse.

Die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT durfte sich glücklich schätzen, am 8. Mai den auf einer Besuchsreise in Wien weilenden Alfredo Bauer im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem *Kommunistischen StudentInnenverband* (KSV) und der *Kommunistischen Jugend* (KJÖ) zu einer Lesung ausgewählter, großteils noch unveröffentlichter Sonette sowie von Passagen aus seinem José-Hernandez-Roman zu begrüßen. Einführende Worte sprach Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann.

M.K.



Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Konferenz

90 Jahre Republik – 90 Jahre KPÖ



Freitag, 7. November 2008, 19.00, Graz
Podiumsdiskussion

„Wege zum Fortschritt – damals und heute“
(Ort und TeilnehmerInnen werden noch bekannt gegeben)

Symposium

Samstag, 8.11.2008, 10.00–18.00
KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a, Graz
Samstag, 15.11.2008, 10.00–18.00
ehemalige Kapelle im Alten AKH, Spitalgasse 2–4/Hof 2, 1090 Wien

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz): *Die KPÖ in der österreichischen Revolution 1918/19*

Dr. **Winfried R. Garscha** (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Forschungsstelle Nachkriegsjustiz): *Grundlinien der Politik der KPÖ in der Ersten Republik und im antifaschistischen Widerstand*

Mag. **Manfred Mugrauer** (Alfred Klahr Gesellschaft):
Die Politik der KPÖ 1945–1955

Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann** (Institut für Neuere und Zeitgeschichte der Universität Linz): *Die KPÖ in den 1960er bis 1990er Jahren*

Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Oberkofler** (Universität Innsbruck):
Wissenschaft und Kommunistische Partei in Österreich

Ernest Kaltenecker (KPÖ Steiermark):
Die KPÖ Steiermark – kommunistische Politik heute

Bildungsverein der KPÖ Steiermark
Lagergasse 98a, 8020 Graz
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:
ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
Präsident: Dr. Walther Leeb
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Peter Goller, Hans Hautmann, Martin Krenn, Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler
Grafik: Manfred Mugrauer
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Tel.: (+43-1) 982 10 86
FAX: (+43-1) 982 10 86 DW 18
e-mail: klahr.gesellschaft@aon.at
Internet: www.klahrgesellschaft.at
Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

Neuerscheinung

Peter Goller: **Otto Bauer – Max Adler. Beiträge zur Geschichte des Austromarxismus (1904–1938)**.
Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2008 (Quellen & Studien, Sonderband 9), 164 S., 10.– Euro
klahr.gesellschaft@aon.at

Thomas Schönfeld (1923–2008)

Die Alfred Klahr Gesellschaft trauert um das Mitglied ihres Vorstandes, Univ.-Prof. Dr. **Thomas Schönfeld** (27. Juni 1923 – 22. Mai 2008).



Das ganze Leben hindurch – bis zu seinem letzten Atemzug – stand für ihn das wissenschaftliche Denken im Vordergrund seiner Interessen, in der Chemie, im Kampf um den Frieden in der Welt, für vernünftige Lösungen zum Wohle der Menschen und für ein freies, unabhängiges, neutrales Österreich. Er ist das Vorbild eines Kommunisten.



Neuerscheinung

Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse? Die Militarisierung der Europäischen Union und die österreichische Neutralität

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2008, 88 S., 5.– Euro

Mit Beiträgen von *Heinz Gärtner, Erwin Lanc, Boris Lechthaler, Franz Leidenmühler, Ulrike Koushan/Elke Renner, Gerald Oberansmayr, Andreas Pecha und Manfred Sauer*.

Der vorliegende Sammelband umfasst die Referate einer von der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT gemeinsam mit dem *Bildungsverein der KPÖ Steiermark* im Herbst 2007 durchgeführten Konferenz, die die Entwicklung der Europäischen Union zu einem Militärpakt und deren Vereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität analysierte.

Bezugsmöglichkeit: klahr.gesellschaft@aon.at